

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

AUS DEM INHALT

Ernst Müller-Hermann

Gegenwärtige Verkehrsprobleme

Berthold Martin

Ist eine nationale Kulturpolitik
in Deutschland möglich?

9

SEPTEMBER 1964

12. JAHRGANG · BONN · Z 2753 E

Inhaltsverzeichnis

Sorge um unser Parlament	1
Eberhard Amelung	
Kurz kommentiert	4
Rigoletto in Auschwitz — Schiedsgericht für den Wahlkampf? — Die Grenzen sind überschritten!	
Gegenwärtige Verkehrsprobleme	6
Ernst Müller-Hermann	
Ist eine nationale Kulturpolitik in Deutschland möglich?	9
Berthold Martin	
Berichte	19
Wandelt euch durch ein neues Denken — 80. Deutscher Katholikentag	
Bücher	20
William S. Schlamm, Wer ist ein Jude? Ein Selbstgespräch	

Die Mitarbeiter dieses Heftes:

Dr. Ernst Müller-Hermann MdB (28 Bremen-Oberneuland, Rilkeweg 40) ist Verkehrsexperte der Bundestagsfraktion der CDU/CSU. — Dr. Berthold Martin MdB (63 Gießen, Am Stadtwald 3) ist Obermedizinalrat und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik.

EVANGELISCHE VERANTWORTUNG

Begründet von D. Dr. Hermann Ehlers
und Dr. Robert Tillmanns

Herausgegeben im Auftrag des Evangelischen
Arbeitskreises der CDU/CSU

12. Jahrgang, Heft 9
September 1964

Sorge um unser Parlament

In diesen Tagen beginnt der vierte Deutsche Bundestag das letzte Jahr seiner Tätigkeit. Eine Fülle von Aufgaben wartet auf ihn, die — so wird man ohne Zweifel voraussagen dürfen — nur zu einem kleinen Teil von ihm bewältigt werden können. Das letzte Jahr einer Legislaturperiode ist noch nie besonders produktiv gewesen, da es schon bald nach seinem Beginn unter dem Schatten der Neuwahl des Bundestages steht. Allerdings darf man dankbar feststellen, daß wir diesmal davon verschont geblieben sind, daß der Wahlkampf eineinhalb Jahre vor seinem Beginn eröffnet wurde. Noch hat die sachliche Diskussion den Vorrang, auch wenn man hier und da den Eindruck nicht los wird, bestimmte sachliche Positionen werden nur aus taktischen Gründen bezogen.

Noch ist es viel zu früh, das Fazit der vierten Legislaturperiode zu ziehen. Aber es ist heute schon offensichtlich, daß ihre Bedeutung in den personalpolitischen Entscheidungen liegt, die getroffen wurden. Hier steht vor allem der Kanzlerwechsel, der sich zunächst wesentlich leichter vollzog, als man zu Beginn der vier Jahre annehmen konnte. Allerdings beschränkte er sich nicht auf den Wechsel im Kanzleramt selbst. Konrad Adenauer hat eine Epoche geprägt, unter seinem Namen vollzog sich der Wiederaufbau der Nachkriegsjahre. Sein politischer Stil konnte von keinem Nachfolger übernommen werden, der mehr sein wollte als eine schlechte Kopie eines großen Kanzlers. Was Konrad Adenauer tat, entsprach den Forderungen der Zeit, seiner Zeit; wie er den Forderungen nachkam, das war seine Art, gute Politik zu machen. Ludwig Erhard kann das Rad der Geschichte nicht zurückdrehen, sondern er muß die Politik machen, die die Gegenwart fordert; wie er diesen Forderungen nachkommt, das muß er selbst entscheiden. Er muß seinen eigenen Stil finden und muß die Mittel einsetzen, die er für notwendig hält, um die der Zeit gemäßen Entscheidungen zu fällen.

Es wird in den heutigen — vor allem außenpolitischen — Diskussionen zu oft vergessen, daß wir die fünfziger Jahre hinter uns gelassen haben und daß der Nachfolger eines Kanzlers etwas anderes ist als der Vollzieher früher gefällter Entscheidungen. Unser Grundgesetz hat dem Bundeskanzler ganz besondere Vollmachten gegeben. Er bestimmt die Richtlinien der Politik und ist für diese Richtlinien allein verantwortlich. Diese Verantwortung kann ihm niemand nehmen, und sie ist unteilbar. Er kann sich von ihr weder dadurch lösen, daß er sich hinter frühere Entscheidungen verschanzt, noch kann er sie auf andere Instanzen übertragen.

Natürlich schwebt der Kanzler nicht im luftleeren Raum. Sein Geschäft ist die Politik, die durch viele Faktoren bedingt ist. Er steht inmitten bestimmter politischer Kräftekonstellationen, die zu verändern er nur bedingt in der Lage ist. Sein Entscheidungsraum ist durch Verträge vielfältiger Art eingeschränkt, und seine Möglichkeiten sind in vieler Hinsicht begrenzt. Konrad Adenauer ist es gelungen, den dem Kanzler zur Verfügung stehenden Spielraum weit auszudehnen. Er profitierte davon, daß das politische Feld noch ungeformt war und sich die Kräfte erst langsam sammelten, daß das Terrain durch Verträge erst abgesteckt werden mußte und somit mancherlei Möglichkeiten der politischen Entwicklung zuließ. Sein Nachfolger hat es in dieser Hinsicht um ein Vielfaches schwerer. Er muß sich nicht nur an den Fakten stoßen, sondern begegnet auch vielerlei Erwartungen, die zu erfüllen er gar nicht in der Hand hat, weil er nicht Vorgänger ist. Das alles hat mit seiner Qualifikation überhaupt nichts zu tun, sondern steht und fällt mit der Tatsache, daß der Nachfolger nicht der Vorgänger sein kann.

Und das ist gut so, auch wenn es viele Menschen zunächst nicht wahrhaben wollen, weil sie sich nicht daran gewöhnen können, daß die Zeit vergeht. Weil der heutige Tag zwar mit dem gestrigen verglichen werden kann, ihm aber deshalb nicht gleich wird, deshalb muß jede Zeit nach neuen Lösungen suchen und ihren eigenen Stil finden. Das Hergebrachte und Erprobte scheint größere Sicherheit zu geben, weil man weiß, was man hat. Dennoch kann es über Nacht unzeitgemäß werden, weil sich die allgemeinen Verhältnisse geändert haben. Dann wird es gefährlich, sich an das Hergebrachte zu klammern, denn es führt letztlich zu jener Haltung, die laut Morgenstern meint, daß nicht sein kann, was nicht sein darf.

Der Kanzlerwechsel hat sich ohne große Erschütterungen unseres politischen Systems vollzogen. Geblieben ist aber eine, fast muß man sagen, notwendige Unsicherheit, die im politischen Leben der Bundesrepublik Platz gegriffen hat. Noch sind die verschiedenen politischen Kräfte dabei, sich neu zu ordnen, sei es, daß sie die Konsequenzen für ihre eigenen Positionen abschätzen, sei es, daß sie versuchen, die bisherige Konstellation auch für die Zukunft zu erhalten. Dabei geht es zunächst gar nicht um sachliche Konzeptionen der Wirtschafts- oder der Außenpolitik, sondern vor allen Dingen um den Stil der politischen Meinungsbildung und die Art und Weise, wie Entscheidungen herbeigeführt werden. Der Ort, wo solches Abschätzen und solche Versuche stattfinden, der Ort, wo die Bewegungen des politischen Lebens sichtbar werden, ist vor allen Dingen der Bundestag.

Er ist in den vergangenen Monaten aus dem Blickfeld der öffentlichen Meinung gerückt oder zumindest hat das, was dort geschieht, in der Presse nicht die Beachtung gefunden, die ihm im politischen Leben der Bundesrepublik gebührt. Das hängt wiederum mit der Kräftekonstellation der vergangenen Jahre zusammen. Ohne Zweifel gingen die Impulse der politischen Entwicklungen vom Bundeskanzler aus. Oftmals schien das Parlament mehr Ausführungs- als Entscheidungsorgan, und die Presse gewöhnte sich daran, das Palais Schaumburg schärfer im Auge zu behalten als das Parlament. Ja auch das Parlament selbst wartete vielfach darauf, daß ihm die Aufgaben von der Regierung gestellt wurden. Es gibt nur relativ wenige Fälle, wo das Parlament initiativ wurde. Diese Tatsache konnte auch nicht auf die Selbsteinschätzung der Abgeordneten ohne Einfluß bleiben und hat sich darüberhinaus auf die Haltung der Bevölkerung gegenüber dem Parlament ausgewirkt. Die Flucht in die Exekutive, die mehrere Parlamentarier in der Vergangenheit angetreten haben, ist in den letzten Monaten häufig besprochen worden. Sie wird weitgehend als Faktum akzeptiert, ohne daß man das Gefühl hat, es mühten sich viele Menschen darum, dem Bundestag die ihm gebührende Stellung zu geben.

Wie das Parlament seine eigene Bedeutung einschätzt, lehrt ein Blick auf die Bedingungen, unter denen die Abgeordneten arbeiten müssen. Man wird in den Ministerien lange suchen müssen, bis man einen Regierungsrat findet, der sein Zimmer mit einem anderen teilen muß. Im Bundeshaus haben nur die privilegierten Abgeordneten einen

eigenen Arbeitsraum. Und die Ausschußsekretärinnen arbeiten meist im gleichen Zimmer wie die Vorsitzenden, die sich noch bevorzugt fühlen, weil sie überhaupt eine Schreibkraft ständig im Haus zur Verfügung haben. Will ein Abgeordneter, der sein Zimmer mit einem anderen teilen muß, einen Besucher empfangen, so muß er sich überlegen, ob er das in seinem Arbeitsraum tun kann, ohne seinen Zimmergenossen zu sehr zu belästigen.

Wir bauen heute viel, und wenn wir bauen, dann sind wir meist nicht kleinlich. Das gilt für die Wirtschaft genauso gut wie für die Verwaltung, sei es im Bund, in den Ländern oder in den Gemeinden. Wir bauen Schulen und Universitäten, Krankenhäuser und Theater und immer ist es selbstverständlich, daß eine ausreichende Zahl von Verwaltungsräumen vorhanden ist. Man kann heute kaum einen Schulleiter besuchen, ohne daß man im Vorzimmer warten muß. Aber will man einen Bundestagsabgeordneten aufsuchen, so hat er außer der allgemeinen Hausverwaltung niemanden, der seine Besucher empfängt oder seine Telefongespräche entgegennimmt.

Auch die Presse hat bisher wenig dazugetan, das Parlament aufzuwerten und ihm im Bewußtsein des Volkes größeres Gewicht zu verschaffen. Das ist bedauerlich, denn die Presse sollte im Parlament ihren natürlichen Verbündeten bei der Kontrolle der Verwaltung sehen. Hingegen gab es nur wenige Zeitungen, die die Pläne zum Neubau des Bundestages auch unter dem Gesichtspunkt besprachen, daß das Parlament dringend neuen Raum benötigt. Beim Neubau des Verteidigungsministeriums hörte man andererseits wenig kritische Stimmen, obwohl auch in diesem Fall die Dringlichkeit des Neubaus unbestritten ist. Auch nimmt die Berichterstattung aus dem Parlament einen relativ geringen Raum in der Presse ein und selten wird man über den Hintergrund der verschiedenen Entscheidungen informiert.

Es ist schwer zu sagen, welche konkreten Maßnahmen ergriffen werden können, um dem Parlament das Gewicht zu verschaffen, welches es in der Demokratie haben muß. Die äußeren Maßnahmen tun es nicht allein, wenngleich man nicht genug betonen kann, wie notwendig sie sind. Die Abgeordneten sollten etwas mehr Selbstbewußtsein haben und sich sowohl der Regierung wie der Öffentlichkeit gegenüber auf ihre Funktionen besinnen. Sie müssen sich aber auch die entsprechenden Arbeitsmöglichkeiten verschaffen und sollten sich vor der öffentlichen Meinung in dieser Sache nicht zu sehr fürchten. Die Bild-Zeitung darf nicht zur obersten Instanz in den Fragen des politischen Stils werden.

In den kommenden Monaten wird auf den unteren Ebenen der Parteien über die Kandidaturen zum nächsten Bundestag beraten. Die Aufstellung der Kandidaten ist ein verantwortungsvolles Amt, in der gegenwärtigen Situation unserer Parteien vielleicht die wichtigste Sache, die sie unternehmen. Sie kann nur gelingen und dem Wohl des Ganzen nützen, wenn sich die Parteimitglieder der Bedeutung des Parlaments bewußt sind und die Männer und Frauen im Blick auf die Funktion des Bundestages auswählen. Soll es gelingen, wird es in vielen Fällen einer erheblichen Selbstüberwindung bedürfen, denn es ist nicht ganz einfach, an den Ansprüchen, die von den Verbänden oder auch einzelnen Personen erhoben werden, vorüberzugehen.

Aber wir müssen dazu kommen, daß der Bundestag ein größeres Gewicht in unserem politischen Leben erhält. Nur dann wird es gelingen, die Zeiten der Unsicherheit bei einem Wechsel des Kanzlers und der Regierung zu verkürzen. Wir brauchen viele politische Potenzen, die gerade im Parlament die Kontinuität der politischen Linie wahren. In den Parlamenten der alten Demokratien sind diese Männer, die dreißig und vierzig Jahre Erfahrung haben, der eigentlich stabilisierende Faktor, denn die Regierungen wechseln, aber sie bleiben trotzdem Mitglieder eines Ausschusses oder dessen Vorsitzende, ganz gleich, wer immer der zuständige Minister ist. Sie drängen dann aber auch nicht in die Regierung, sondern sind sich ihrer Bedeutung als Mitglieder des Parlaments wohl bewußt. Sie können es aber auch, denn sie haben Macht und mit der Macht das Ansehen. Unser Staat braucht solche Männer und wir sollten alles tun, um sie zu bekommen.

Rigoletto in Auschwitz

83. Tag im Frankfurter Auschwitz-Prozeß. Der 55jährige Arzt Dr. Aron Bejlin aus Israel steht im Zeugenstand und berichtet von seinen Leiden im Ghetto von Bialistok und im Konzentrationslager Auschwitz.

Zeuge: „Am 1. August 1942 haben sich hinter uns die Tore des Ghettos geschlossen. Dort blieb ich bis zur ersten Aktion, bis zum Februar 1943.“

Vorsitzender: „Wann haben Sie gehört, was Auschwitz bedeutet?“

Zeuge: „Gerüchte drangen schon zur Bevölkerung ins Ghetto, daß was Schreckliches passiere. Doch zuerst habe ich auf einem Flugblatt der polnischen Widerstandsbewegung gelesen, daß die Leute nach Auschwitz deportiert, dort mit Kindern und Kranken aus den Wagen herausgepeitscht und in Gaskammern getrieben werden. Daß man sie mit Blausäure vergase ... In Auschwitz ist am 24. Dezember 1943, es war am Heiligabend, an Fleckfieber meine Frau verschieden. Die Frau, die bei ihrem Tod dabei war, ist heute Gymnasiallehrerin in Tel Aviv.“

Der Zeuge berichtet, der SS-Arzt Rhode habe an diesem Tage die Häftlinge auf der Rampe empfangen und selektiert, dabei habe er, erinnert sich Aron Bejlin, die Melodie „La Donna il mobile“ („Ach wie so trügerisch sind Weiberherzen ...“) aus Verdis Rigoletto gepfiffen und sein Schoßhündchen im Arm gehabt. Rhode habe bestimmt, wer auf der Rampe bleiben und wer nach rechts gehen sollte.

Zeuge: „Das waren die, die ins Lager gingen. Meine Mutter ist stehengeblieben!“

Vorsitzender: „Und Sie haben nichts mehr von ihr gehört?“

Zeuge: „Ich habe nur den grüngrauen Mantel meiner Mutter gesehen. Da habe ich gewußt, das ist das Denkmal von ihr. Ein anderes wird sie nicht bekommen.“

Als Verdi seine Opern schrieb, wollte er „neue, große, abwechslungsreiche, kühne Stoffe, kühn bis zum Äußersten“ auf die Bühne bringen. Schauerliche Verwirrung der Welt: Verdis Rigoletto in Auschwitz ... Geschehen in Deutschland, im Jahre 1943! -ck-

Schiedsgericht für den Wahlkampf?

Der Bundestagsabgeordnete Schmitt-Vockenhausen (SPD) hat vorgeschlagen, mit Beisitzern aus allen Parteien ein Schiedsgericht zu bilden, das gegebenenfalls Tadel wegen unfairen Verhaltens im Wahlkampf aussprechen sollte. Als möglichen Vorsitzenden für ein solches Gremium nannte der Abgeordnete den Heidelberger Ordinarius für Politische Wissenschaften, Dolf Sternberger.

Leider hat Schmitt-Vockenhausen seinen Vorschlag nicht weiter erläutert. So müssen wir einige Fragen

stellen: Wie soll das Gericht zusammengesetzt sein? Mit je einem Vertreter von jeder der kandidierenden Parteien, unter dem Vorsitz eines Professors? Oder nach der Stärke der im derzeitigen Bundestag vertretenen Parteien, wie es anderwärts heute gerne gehandhabt wird? Welche Mittel sind dem Gericht in die Hand gegeben? Soll es nur tadeln dürfen? Oder werden ihm einschneidende Maßnahmen gestattet, die dem betreffenden Wahlkämpfer oder auch der betreffenden Partei wirklich wehtun? Dazu werden sich die beteiligten Parteien wohl kaum herbei lassen. Und schließlich: Was ist das, ein fairer Wahlkampf? Wer soll hier allgemein anerkannte Maßstäbe setzen, die dem Gericht als Richtschnur dienen könnten?

Man sieht: Fragen über Fragen; mehr Fragen als Antworten. Die entscheidende Frage aber ist: Brauchen wir überhaupt ein Schiedsgericht für den Wahlkampf? Wenn die Parteien vereinbaren, einen fairen Wahlkampf zu führen, gleichzeitig aber beschließen, ein Schiedsgericht zu schaffen, das über die Einhaltung eben dieser Vereinbarung wachen soll, legen sie ein Mißtrauen gegen sich selbst an den Tag, das nicht gerade für die Parteien spricht. Entweder man will einen fairen Wahlkampf oder man will ihn nicht.

Dabei soll nicht bestritten werden, daß es gerade auf der unteren und mittleren Ebene der Parteien manchmal kleinen „Marschierer“ gibt, der den Wahlkampf nach dem Motto „Catch as catch can“ zu führen gedenkt. Diesen kann jedoch eine gute Organisation „zur Raison“ bringen, oder aber die Organisation ist schlecht, und dann vermögen auch Schiedsgerichte mit einem Professor an der Spitze nichts auszurichten.

Nein, wir brauchen kein Wahlkampfgericht der Parteien. Der Schwierigkeiten sind zu viele und die Möglichkeiten für die beteiligten „Richter“ zu wenig ein gerechtes Urteil nicht nur zu finden, sondern auch durchzusetzen. Das alles hindert freilich nicht, daß sich die Parteien weiterhin bemühen, zu Vereinbarungen über den Wahlkampf zu kommen. Diese können die Methoden — z. B., wie es bereits geschehen — die Höhe der aufzuwendenden finanziellen Mittel betreffen oder auch bestimmte Themen, die aus Auseinandersetzungen herausgehalten werden sollen, wie etwa die Berlinfrage. Hier gibt es für Parteien viel zu tun, aber auf ein Wahlkampfgericht können wir verzichten.

Die Grenzen sind überschritten!

Die deutschen Illustrierten haben ihre Probleme sind ein Problem. Sie werden hin- und hergeritten zwischen ihrer Verantwortung gegenüber dem Leserschaften wirtschaftlichen Interessen und der Freude an sensationellen Berichten. Eine klare Linie hat bisher nicht gefunden, obwohl sie sich auch verdient gemacht haben. Mancher Bericht hat geholfen, Mißstände zudecken und eine Änderung der Verhältnisse herbeizuführen. Gerade wenn man das weiß, darf man dem im folgenden besprochenen Fall nicht schw...

Wir bringen deshalb einen offenen Brief des Chefredakteurs der Ärztezeitschrift „euromed“, Dr. Friedrich Deich, den wir der Wochenzeitung „Die Zeit“ (Nr. 33/1964) entnehmen.

Seit einigen Wochen erleben wir in Deutschland einen Publizitäts-Rummel um ein angebliches Krebsheilmittel, einen Rummel, zu dem wir im Interesse unserer Kranken nicht länger schweigen dürfen. In der „Bunten Illustrierten“ (Nr. 25) schreibt der Verleger, Senator E. H. Dr. Franz Burda, höchstpersönlich:

„Die japanischen Forscher, die das Antikrebsmittel Bamfolin entdeckten, sind nach Deutschland gekommen. Die „Bunte“ hat leidenschaftslos und sachlich darüber berichtet. Nun treffen täglich ungezählte Hilferufe von Kranken und Ärzten mit der Bitte um Bamfolin bei uns ein. Das ist verständlich. Die Kranken greifen nach Bamfolin als dem letzten Strohalm. Sie suchen Rettung vor der furchtbaren Geißel Krebs . . .“

Sie suchten vergeblich. Vergeblich bestürmen sie die Ärzte, die Ärztekammern und sogar die Polizei. Denn Bamfolin ist auf legale Weise nicht zu haben — auch nicht, wenn Verzweifelte nach Tokio fliegen und dort nachts an der deutschen Botschaft Sturm klingeln, wie es jüngst geschah. Die „Bunte“, die in Riesenlettern gauklerisch hinausschreit: „Neue Waffe gegen den Krebs“ und „Sieg über den Krebs?“ muß im Text klein(laut) bekennen: „Wir haben stets betont, daß die Versuche mit Bamfolin noch im Anfangsstadium stecken.“ Der Krebskranke also, der in verzweifelter Not seine Arme „nach Bamfolin als dem letzten Strohalm“ ausstreckt, wird auf billige Weise abgespeist: Was wollen sie denn? Haben Sie denn die „Bunte“ nicht gelesen? Die Versuche mit Bamfolin stecken doch noch im Anfangsstadium!

Ich klage Sie an, Herr Senator E. H. Dr. Franz Burda: Sie haben in unverantwortlicher Weise in Tausenden und Abertausenden von Krebskranken trügerische Hoffnung auf Heilung geweckt. Sie spekulieren auf Mundreklame, darauf, daß die Menschen weiter erzählen: Die „Bunte“ berichtet laufend über ein neues Krebsmittel. In der Tat geht dieses Gerücht bereits durch alle Lande. Die „Bunte“ tat ein übriges, den klaren Sachverhalt zu vernebeln. Sie berichtete von Wundern, verschwieg aber wohlweislich die kärglichen japanischen Ergebnisse. Denn nicht einmal im Lande des aufgehenden Bamfolins ist das Medikament bis jetzt zugelassen. Und es werden noch mindestens zwei Jahre vergehen, bis überhaupt ein Antrag gestellt werden kann. Aber die „Bunte“ ist in aller Munde, und Sie, Herr Senator Dr. Burda, rechnen sich das als „großen Erfolg“ an. Schließlich ist die Auflage Ihrer Illustrierten im zweiten Quartal 1964 um rund 40 000 gestiegen. Das ist wirklich ein schöner Erfolg.

Sie, Herr Senator, haben Ihre Leute zu prominenten deutschen Ärzten und Klinikern geschickt, um sie zusammen mit jenen japanischen Forschern aufs Bild zu bekommen. Das läßt Ihre Leser glauben, die Bamfolin-Story sei seriös. Wieder ein Grund mehr, daß Abertausende von Krebskranken „nach Bamfolin als dem letzten Strohalm“ greifen. Was sich bei diesen

Versuchen, prominente Ärzte vor ihre Story zu spannen, ereignet hat, wird erst jetzt bekannt:

Die „Bunte“ hat in einer Bildreportage (Nr. 23) von dem Besuch der japanischen Forscher bei dem Hauptgeschäftsführer der Bundesärztekammer, Dr. Josef Stockhausen, behauptet, dieser sei von der Wirksamkeit des Bamfolins überzeugt und empfehle es zur Medikation. Dr. Stockhausen hat inzwischen diesen Versuch, seinen Namen und seine Stellung in der ärztlichen Standesorganisation zur Propaganda für eine Fiktion zu mißbrauchen, nachdrücklich zurückgewiesen.

Bei Dr. Jungmann, dem 1. Vorsitzenden des Hartmannbundes, haben sich groteske Szenen abgespielt, die alle nach dem gleichen Schema abrollten: Man meldet japanische Forscher an, die dem betreffenden prominenten Arzt oder Wissenschaftler ihre Reverenz erweisen möchten. Man läßt sie, ohne daß jemand ahnt, was der Besuch bezwecken soll, bona fide vor. In diesem Augenblick, Herr Senator, wird Ihr Photograph tätig, und zwar, wenn die japanischen Herren, die mangels Sprachkenntnisse das ungute Spiel unwissend mitspielen, ihr Bamfolin vorzeigen. In der „Bunten“ liest man's nachher so: „Prominente Ärzte und Forscher empfehlen Bamfolin.“

In der Krebsserie der „Bunten“ wurden alle kanzerogenen Noxen aufgezählt, auch solche, bei denen die Kanzerogenese nicht restlos geklärt ist. Nur das Rauchen wird ausgespart — dreimal darf man raten, warum! Wie seltsam, Herr Senator, nehmen sich auf diesem Hintergrund Ihre Beteuerungen aus: „Den Beitrag, den wir Journalisten zu leisten haben, werden wir leisten. Uneigennützig und verantwortungsbewußt.“ Weder noch — mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Ich klage Sie an, Herr Senator Dr. Burda, die Pressefreiheit für ein reines Publicity-Manöver in eigener Sache mißbraucht zu haben. Jene Professoren, die den Besuch Ihrer Reporter als einen Verstoß gegen Treu und Glauben bezeichnen, haben sich geschworen, nie wieder Journalisten zu empfangen.

Es wird nämlich, was Sie nicht zu wissen scheinen, in Deutschland intensiv an Mitteln gearbeitet, die im Kampf gegen den Krebs eingesetzt werden. Alle diese unzähligen Forscher reden nicht über Krebsheilmittel, bevor sie etwas in der Hand haben, über das sich zu reden lohnt. Sie lehnen es ab, unerfüllbare Hoffnungen zu wecken. Hingegen Sie, Herr Senator, melden schon wieder einen „Erfolg“: Die Internationale Bamfolin-Forschungsgemeinschaft sei gegründet worden. Der wissenschaftliche Beirat bestehe aus sechs Professoren, die ihre Namen nicht bekannt geben wollen. Diese Meldung nehme ich Ihnen nicht ab.

Ich meine, Herr Senator, Sie sollen damit aufhören, Ihre Verdienste für die Propagierung eines Produktes, dessen Wirkung auf die Krebskrankheiten noch gar nicht geprüft ist, in die Welt zu posaunen! Der Schaden, den Sie bereits angerichtet haben, ist fast nicht mehr gutzumachen.

Gegenwärtige Verkehrsprobleme

Ernst Müller-Hermann

Seit die im Jahr 1961 auf Vorschlag des Verfassers eingesetzte Sachverständigen-Kommission zur Prüfung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden ihren Bericht am 25. August vorgelegt hat, hat die verkehrspolitische Diskussion erneute Impulse, insbesondere aber auch eine sachliche Grundlage für die Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme erhalten. Wenngleich das Verkehrschaos in den Städten das Problem ist, das uns z. Z. am meisten auf den Nägeln brennt, dürfen all die anderen Bereiche der Verkehrspolitik nicht vernachlässigt werden und müssen im Gesamtzusammenhang gesehen werden. In einer dynamischen, auf dem Prinzip der Arbeitsteilung aufgebauten Volkswirtschaft gewinnen die Probleme des Verkehrs immer mehr an Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Produktivität. Dabei hat sich gerade im Bereich des Verkehrs eine bedeutsame Strukturwandlung vollzogen. Die Dreiheit Kohle-Dampfmaschine-Schienenweg, die im 19. Jahrhundert dominierend war, wurde im 20. Jahrhundert ergänzt durch die Dreiheit flüssiger Kraftstoff-Verbrennungsmotor-Straße. Daß die Entwicklung auf dem Verkehrssektor unaufhaltsam in neue Bahnen drängt, sei hier nur kurz mit dem Hinweis auf die Pipelines angedeutet, die ja nicht nur zur Beförderung von Flüssigkeit, sondern z. B. auch zum Transport von zermahlener Erzen oder Kohle Verwendung finden können. Auch die Möglichkeiten, die sich aus der Nutzung der Kernenergie für das Transportwesen ergeben, sind noch nicht völlig abzuschätzen. Sehr starke Konkurrenten melden sich hier für die traditionellen Verkehrsträger an, wenngleich natürlich in einer ständig wachsenden Wirtschaft auf die Leistungen von Bahn und Binnenschifffahrt und Güterverkehr nicht verzichtet werden kann. Denn die technische Entwicklung hat in gleicher Weise auch die Leistungsfähigkeit der Eisenbahn sowie der See- und Binnenschifffahrt wesentlich erweitert.

Die Motorisierung des Straßenverkehrs

Zweifelloos ist aber die Motorisierung des Straßenverkehrs das Element, das unserem Transportwesen in den letzten Jahrzehnten am nachhaltigsten sein Gepräge gegeben hat. Die unbestrittene Monopolstellung der Eisenbahn wurde gebrochen, und eine zeitgemäße Verkehrspolitik steht vor der Aufgabe, auf der Basis möglichst angenäherter Startbedingungen und rechtlicher Gleichbehandlung die Voraussetzung für einen fairen Leistungswettbewerb zwischen den binnenländischen Verkehrsträgern zu schaffen. Denn nur ein solcher Wettbewerb, der auf die ordnende Hand des Staates angewiesen bleiben wird, kann auch eine volkswirtschaftlich vernünftige Aufgabenteilung gewährleisten. Die systematische Behinderung eines Verkehrsträgers, nur weil er Konkurrent eines anderen ist, die Aufteilung des Verkehrs nach dirigistischen Anweisungen einer Verwaltungsbürokratie und eine Tarifgestaltung, die die echten Kosten unberücksichtigt läßt, müssen zu Verzerrungen führen und der Gesamtwirtschaft schweren Schaden zu-

fügen. Wir stehen heute in der Bundesrepublik vor der Notwendigkeit, diese Umstellung auf eine wettbewerbsorientierte Verkehrspolitik ebenso konsequent wie behutsam vorzunehmen, nicht zuletzt auch deshalb, weil sich die Schaffung eines supranationalen europäischen Verkehrsmarktes im Rahmen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft nach Geist und Sinn des EWG-Vertrages unter starker Betonung des Wettbewerbsgedankens vollziehen wird.

Im Mittelpunkt der Diskussion steht der Kraftwagen. Kein anderes Verkehrsmittel ist seiner Natur nach so völkerverbindend wie das Kraftfahrzeug, denn es erleichtert den individuellen Verkehr über die Grenzen außerordentlich. Gerade deshalb muß der Schaffung eines umfassenden Systems europäischer Durchgangsstraßen besondere Bedeutung zugemessen werden, nachdem bisher nationale Gesichtspunkte das Straßennetz einseitig auf die Landeshauptstadt oder nationale Wirtschaftszentren ausgerichtet haben.

Die eigentliche soziale Leistung der Motorisierung auf der Straße aber besteht darin, daß sie die Erschließung des ganzen Landes vollzieht und das Abrücken der Wohnstätten von den Arbeitsplätzen erleichtert. Es wird oft übersehen, daß von den 24000 Gemeinden in der Bundesrepublik 16000 ohne Bahnanschluß sind. Die Motorisierung ermöglicht die denkbar beste Versorgung mit Rohstoffen und Konsumgütern bis ins kleinste Dorf und holt gleichsam die revierfernen und wirtschaftlich ungünstig gelegenen Gebiete näher an die Zentren heran. Sie ist die Voraussetzung für eine effektive Politik der Entballung und Dezentralisierung. Eine grundsätzlich gegen den Lastkraftwagen gerichtete Politik ist deshalb eine wirtschaftsfeindliche und unsoziale Politik.

Vor eine besonders schwierige Aufgabe wird eine moderne Stadt- und Verkehrsplanung durch die Motorisierung gestellt. Andererseits bietet gerade sie auch völlig neue Möglichkeiten: Ohne sie können Wohngebiete, Einkaufszentren, Arbeitsstätten und Erholungsflächen einander nicht zweckmäßig zugeordnet werden — unter gleichmäßiger Berücksichtigung wirtschaftlicher, sozialer und hygienischer Gesichtspunkte. Allerdings haben nur wenige Städte nach 1945 diese Chancen auszuwerten verstanden. Meist haben Weitblick und Phantasie gefehlt. Darum sollte man sich jetzt bei der Raumordnung wie bei der Stadtplanung keineswegs wieder mit Behelfen zufriedengeben und, weil es an gründlichen Vortersuchungen mangelt, falsche oder unzulängliche Lösungen treffen, also Fakten schaffen, die sich nicht oder nur schwer wieder beseitigen lassen. Der Ruf nach überregionaler Raumordnung und die Bestätigung einer Mitverantwortung des Bundes durch die Schaffung eines Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung sind die Folgen diesbezüglicher Einsicht.

Das sprunghafte Ansteigen des individuellen Straßenverkehrs ist der Ausdruck wachsenden Wohlstandes und einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik. Der Bestand

Personenkraftwagen in der Bundesrepublik ist von knapp 1 Million Mitte 1950 auf 7,3 Millionen 1963 angewachsen. Die Zahl der Krafträder zeigt nach einem Höhepunkt von fast 2,5 Millionen 1956 eine sinkende Tendenz und betrug 1962 nur noch 1,5 Millionen, während der Bestand an Liefer- und Lastkraftwagen seit Jahren etwa gleichbleibend bei 420000 (1963) liegt und auch in Zukunft kaum nennenswert steigen wird. Der gesamte Kraftfahrzeugbestand betrug am 1. 1. 1964 10,54 Millionen zuzüglich 418000 Anhängern und 1,5 Millionen Mopeds.

Der Personenkraftwagen ist heute kein Luxusgegenstand mehr, sondern zum qualifizierten Gebrauchsartikel des gehobenen Lebensstandards geworden. Nichts macht dies deutlicher, als die Tatsache, daß 1964 bereits 60 Prozent aller Personenkraftwagen sich im Besitz von Arbeitnehmern befanden und der Arbeitnehmeranteil an den Personenkraftwagen für 1970 sogar auf 70 Prozent geschätzt wird. Die Zahlen gewinnen Aussagekraft, wenn man bedenkt, daß noch 1950 nur 10 Prozent der Personenkraftwagen im Besitz von Arbeitnehmern gewesen sind.

Noch hat die Motorisierung in der Bundesrepublik Deutschland ihren Höhepunkt nicht erreicht. 1962 entfiel in der Bundesrepublik auf 8 Einwohner ein Kraftfahrzeug, in Frankreich auf 6, in Schweden auf 5 und in den USA entfiel ein Kraftfahrzeug sogar auf nur 2,5 Einwohner. Eine wesentliche geringere Motorisierungsdichte finden wir in den Niederlanden mit 14,5 Einwohnern pro Kraftfahrzeug und in Italien mit 17 Einwohnern je Kraftfahrzeug.

Die weitere Entwicklung des Verkehrs

Für die in den nächsten Jahren zu erwartende Entwicklung gibt es eine Reihe sehr sorgfältiger wissenschaftlicher Untersuchungen. Die Zahl für Personenkraftwagen wird für 1965 auf 9,35, für 1970 sogar auf 13,6 Millionen Fahrzeuge geschätzt. Die Zahl der Neuzulassungen von Personenkraftwagen (einschließlich Kombifahrzeugen) betrug 1962 1,21 Millionen und 1963 1,27 Millionen; das sind 19 bzw. 17,7 Prozent des Bestandes. Dagegen betrug der Zuwachs 1957 noch 26 und 1958 24 Prozent des Bestandes. Es kann also angenommen werden, daß sich dieses Verhältnis mit der Zeit stabilisieren wird. Zugleich dürfte die Verschrottungsrate, die auf Grund unseres sehr jungen Kraftfahrzeugbestandes nur bei etwa 4 Prozent liegt, einen steigenden Trend aufweisen. Die Verwendung des Begriffes Verschrottungsrate, die sich aus dem Verhältnis von Kraftfahrzeugbestand und verschrotteten Kraftfahrzeugen ergibt, ist nicht ganz unproblematisch. Unterstellt man für einen Personenkraftwagen eine Lebenserwartung von zehn Jahren, was im allgemeinen zutreffend sein dürfte, dann kann man sagen, daß die Verschrottungsrate 1964 gleich dem Kraftfahrzeugbestand von 1954 ist.

Für die nächste Zukunft kann man einen weiteren erheblichen Motorisierungszuwachs annehmen, doch dürfte sich nach neuesten Untersuchungen die Kurve ab 1970 langsam abflachen. Diejenigen dürften kaum recht behalten, die einen gradlinigen Verlauf der Motorisierungskurve für die nächsten 10 bis 15 Jahre voraussagen. Nach vorsichtigen Schätzungen werden 1975 etwa 148 Kraftfahr-

zeuge auf 1000 Einwohner kommen. Geht man für die Jahre 1960 bis 1975 von einer Erhöhung der Bevölkerungszahl um 21,3 Prozent aus, so würde diese auf den ersten Blick vielleicht gering erscheinende Zunahme der Motorisierung doch außerordentlich viel ausmachen. Interessant ist, daß die Entwicklung in Stadt und Land parallel verläuft, die Städte aber um zwei Jahre voraus sind.

Niemand kann daran ernsthaft denken, etwa durch dirigistische Maßnahmen, den Verkehr einzuschränken. Unser Ziel ist es vielmehr, mit dem Kraftfahrzeug in Frieden zu leben. Das Kraftfahrzeug soll dem Menschen, der im Mittelpunkt steht, dienen. Seinen Bedürfnissen müssen wir Rechnung tragen. Wir dürfen uns also nicht darauf beschränken, die Entwicklung zu beklagen und in einen heute so häufig anzutreffenden Kulturpessimismus verfallen; vielmehr ist es unsere Aufgabe, uns der vollzogenen Entwicklung anzupassen, ihr Rechnung zu tragen, mit den Problemen fertig zu werden. Zu diesen Problemen gehören bessere Verkehrserziehung, Anpassung des Verkehrsstrafrechts an die Erfordernisse der Zeit, die Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Leitplanken, Fahrspuren und Leuchtfarben, die Bekämpfung des Verkehrslärms und der Belästigung durch Abgase. Das ist ein weites Betätigungsfeld für die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Gerichtsbarkeit, aber, gerade was die Verkehrserziehung anbetrifft, auch für Schule, Presse, Rundfunk und Fernsehen, nicht zuletzt auch für die Wirtschaft, die direkt oder indirekt von der Motorisierung profitiert. Insbesondere für die Verkehrserziehung sollten sich private Initiative und die Kräfte der Wirtschaft noch stärker, als es schon jetzt der Fall ist, verantwortlich fühlen.

Förderung des Straßenbaus!

Gewiß sind die Vorwürfe nicht ganz unberechtigt, daß Bund und Länder dem Straßenbau zu spät die nötige Beachtung gewidmet haben. Als der Schreiber dieser Zeilen 1954 zum ersten Mal ein Vierjahresprogramm des Bundes mit 500 Millionen Mark jährlicher Dotierung (der Bundeshaushalt sah 1954 rund 300 Millionen Mark für den Straßenbau vor) verlangte und einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegte, lief er noch Gefahr, als Illusionär abgetan zu werden. Niemand aber, der heute wegen der Unterlassungssünden in der Vergangenheit lebhaft Kritik übt, möge übersehen, daß es nach 1945 als erstes darauf ankam, die Kriegstrümmer zu beseitigen, den Menschen ein Dach über dem Kopf zu verschaffen, die Grundstoffindustrien und die Wirtschaft in Gang zu bringen, die Heimatvertriebenen einzugliedern und die vielen sozialen Probleme zu meistern. Der Straßenbau hat daher lange Zeit zurückstehen müssen.

Immerhin wurden 1962 7,6 Milliarden DM in den Straßenbau investiert, 21 Prozent mehr als 1961. Von den 7,6 Milliarden DM entfielen 40 Prozent auf die Gemeinden, 33 Prozent auf den Bund, 27 Prozent auf die Länder. Im Jahre 1963 wuchsen die Investitionsausgaben für den Straßenbau auf insgesamt 8,75 Milliarden DM an. Der Bund hat, nachdem er mit dem Verkehrsfinanzgesetz 1955 einen ersten Anlauf genommen hatte, durch das 1960 vom Bundestag verabschiedete Straßenbaufinanzierungsgesetz eine großzügige Planung und eine

rationelle Straßenbauwirtschaft mit starkem Einsatz von Maschinen ermöglicht. Das Kreuzungsgesetz, auf Grund dessen schienengleiche Bahnübergänge beschleunigt beseitigt werden sollen, und das Mineralölsteuergesetz von 1963 sind ebenfalls positive Schritte in dieser Richtung.

Immerhin verfügten wir 1963 in der Bundesrepublik Deutschland über 2936 km Autobahn, 29206 km Bundesfernstraßen und 112000 km Land- und Gemeindestraßen. Für 1964 ist eine Erweiterung des Autobahnnetzes auf 3077 km, des Bundesfernstraßennetzes auf 29586 km und der Land- und Gemeindestraßen auf 119000 km geplant. Im Rahmen des Zweiten Vierjahresplans, der von 1963 bis 1966 läuft, sind 13 Milliarden für den Straßenbau bereitgestellt. Der Dritte Vierjahresplan (1967–1970) soll auf 16,5 Milliarden DM abgestellt werden, doch erscheinen mindestens 18 Milliarden DM wünschenswert, wenn man der Tatsache Rechnung tragen will, daß der Bund für die Infrastrukturkosten der Gemeinden beachtliche Mittel aufwenden müssen.

Damit berühren wir wohl das brennendste Problem der gegenwärtigen Verkehrspolitik. Man wird trotz der sehr erfreulichen Ausweitung des Fernstraßennetzes gewiß noch nicht behaupten können, auf dem Gebiete des Fernverkehrs seien damit alle Probleme gelöst.

Der Stadtverkehr

Das große, für die nächste Zukunft zu lösende Problem der Verkehrspolitik wird der Stadtverkehr sein. Das Verkehrsproblem in den Städten und Gemeinden ist noch in keiner Weise befriedigend gelöst. Zwar fallen diese Fragen nicht unter die unmittelbare Zuständigkeit des Bundes, denn Städte und Gemeinden stehen nach dem Grundgesetz vielmehr zunächst unter der Fürsorgepflicht der Länder. Der Bund würde seiner Gesamtverantwortung jedoch kaum gerecht, wenn er an den ungelösten Fragen des innerstädtischen Verkehrs vorbeigehe. Der Bund hat daher bereits in Einzelfällen für bestimmte Ortsdurchfahrten und Ortsumgehungen Zuschüsse an Gemeinden gewährt. Der Bundestag hat 1960 durch die Einführung des „Gemeindepfennigs“, das heißt durch den Aufschlag von einem Pfennig je Liter Benzin zugunsten der Gemeinden, ferner durch die Übernahme der Baulast für Ortsdurchfahrten bei Gemeinden bis zu 50000 Einwohnern und durch die Aufstockung der Baulast von 10000 Kilometer Landstraßen erster Ordnung zu Bundesstraßen in einem Zeitraum von 10 bis 12 Jahren vor allem eine Entlastung der Städte und Gemeinden im Auge gehabt.

Die vom Bundestag auf Vorschlag des Verfassers eingesetzte Enquête-Kommission, die eine Untersuchung von Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes einer gesunden Raumordnung und eines neuzeitlichen Städtebaues zum Ziel hat, hat ihre Ergebnisse vorgelegt und damit dem Bundestag und der Bundesregierung, aber auch den Ländern und den Gemeinden wichtige Hinweise für eine gemeinsame Lösung des Problems gegeben.

Die Bewältigung der innerstädtischen Verkehrsprobleme erfordert — immer im Zusammenhang mit einer weit

vorausschauenden Stadt- und Verkehrsplanung — vorrangige Maßnahmen auf drei Gebieten:

Die Leistungsfähigkeit der Stadtstraßen muß und kann noch wesentlich erhöht werden, insbesondere durch Verbreiterung sowie durch den Ausbau der Kreuzungen und Verkehrsknoten. Ring- und Tangentialstraßen müssen die Stadtkerne entlasten. Eine Kanalisierung des Verkehrs durch Markierungen, Leitinseln und Leiteinrichtungen kann den Verkehrsfluß erleichtern. Wo starker Linksabbieger-Verkehr unvermeidbar ist, muß er unter oder überführt werden. Desgleichen müssen für Fußgänger und Radfahrer an wichtigen Kreuzungen Über- und Unterführungen gebaut werden. Die Straßenbahnen müssen — zumindest in den Stadtkernen — vom Individualverkehr getrennt werden und einen besonderen Bahnkörper erhalten. Wo dies aus Raumgründen nicht möglich ist, bleibt auf die Dauer die Verlegung in die Zweite Ebene unumgänglich. Die Anlage von Parkhöfen und von unterirdischem Parkraum muß auf jede Weise gefördert werden. Untersuchungen sind bereits im Gange, ob und inwieweit derartige Projekte mit Luftschutzmaßnahmen gekoppelt werden können.

Die Straßenbahnen

Mehr Förderung verdienen die öffentlichen Verkehrsmittel, vorab, so „unmodern“ es klingen mag, die Straßenbahnen. Sie erweisen sich wieder als das leistungsfähigste innerstädtische Massenverkehrsmittel. Durch eine Verkehrszählung anlässlich der Hannoverschen Messe im Jahre 1959 wurde ermittelt, daß an einer Kreuzung in der Spitzenverkehrsstunde auf einer Gleisspur in einer Richtung 62 Straßenbahnzüge mit rund 19000 Fahrgästen durchgeführt werden konnten. Zur gleichen Stunde wurden auf 11 Fahrspuren mit 10145 Personenkraftwagen nur wenig mehr Personen befördert als von der Straßenbahn auf einer Spur. Insgesamt beförderten die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe im vergangenen Jahr 5,27 Milliarden Menschen. Das ist die weitaus größte Zahl von Fahrgästen, die ein Verkehrszweig in der Bundesrepublik hat.

Bei voller Würdigung der großen Bedeutung, die den öffentlichen Verkehrsbetrieben zukommt, sollte eine sinnvolle Aufgabenteilung der einzelnen Verkehrsträger angestrebt werden, um die Möglichkeiten einzelner Verkehrsträger voll zum Zuge kommen zu lassen. So sind zwischen den Verkehrsverbindungen verschiedener Verkehrsträger gute Umsteigemöglichkeiten und günstige Fahrplanzeiten vorzusehen. Der Fahrgast darf überhaupt nicht merken, daß er von verschiedenen Verkehrsträgern befördert wird. Dem wird zweifellos auch eine gemeinsame Tarifgestaltung dienen, die es ermöglicht, daß ein Fahrgast bei dem einen Verkehrsunternehmen seine Fahrkarte kauft und hiermit in den Bereich des anderen Unternehmens hineinfährt. Die Schwierigkeiten, die dem so einfach erscheinenden Gedanken entgegenstehen, sind allerdings groß, denn die Tarifsysteme der Deutschen Bundesbahn und der kommunalen Verkehrsbetriebe sind voneinander grundverschieden. Dennoch müssen wir hier bald zu Annäherungen kommen, weil die Frage des durchgehenden Tarifs einfach im Zuge der Zeit liegt. Der Verfasser kann daher an beide Verkehrs

träger nur die dringende Bitte richten, bald in gemeinsame Unternehmungen dieser sicherlich nicht leichten Frage einzutreten.

Bei der enormen Verkehrssteigerung im City-Bereich unserer Großstädte wird eine wirksame Abhilfe in den meisten Fällen zweifellos aber nur durch Inanspruchnahme der Zweiten Ebene getroffen werden können, wobei in der Regel der unterirdischen Führung der Vorzug gegeben werden dürfte. Im Einzelfall bleibt zu prüfen, ob sich nur die Verlegung der öffentlichen Verkehrsmittel in die Zweite Ebene empfiehlt oder auch der Bau möglichst kreuzungsfreier Stadtschnellstraßen oder Stadtautobahnen etwa nach dem Muster Brüssels oder einiger „Kostproben“ in Berlin. Alle derartigen Anlagen sind aber außerordentlich teuer: Jeder Kilometer Unterflurstrecke kostet mindestens 40 Millionen DM. An der hier angeschnittenen Frage der Finanzierung darf das Problem nicht scheitern. Der Zweite Vierjahresplan von 1963 bis einschließlich 1966 sieht vor, daß von den 13 Milliarden DM, die aus dem Mineralölsteueraufkommen für den Straßenbau verwendet werden, nur 0,68 Milliarden DM = 5,2 Prozent für die kommunalen Straßenbaulastträger verwendet werden. Wird diese Planung verwirklicht, dann kann der Straßen- und Verkehrsausbau in den Städten sicher nicht im gewünschten und notwendigen Umfang bewältigt werden.

Wir brauchen eine Finanzreform!

Eine Finanzreform wird anzustreben sein, die sicherstellt, daß die Gemeinden genügend eigene Mittel zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben zur Verfügung haben, die aber auch den Anreiz eindämmt, mit Rückblick auf erhöhte Einnahmen aus der Gewerbesteuer ihre Verkehrsschwierigkeiten zu erhöhen. Viele Städte drohen im Verkehr zu erstickten. Es ist erstaunlich, mit welcher Gelassenheit der Mensch unserer Zeit, der sich bei jedem Flugzeug- oder Eisenbahnunglück maßlos erschreckt, die Tatsache von 14000 jährlichen Unfalltoten und von Hunderttausenden Unfallverletzten hinnimmt. Die Unfallziffern steigen an, die Bundesrepublik liefert einen traurigen Rekord, und 80 Prozent aller Unfälle ereignen

sich immer noch in geschlossenen Ortschaften. Solange die notwendige Finanzreform fehlt, kann der Bund nicht von seiner Mitverantwortung befreit werden und wird ein Gemeinschaftsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden zur Lösung des Verkehrsproblems notwendig.

Der Verkehr in den Städten ist nicht Sache der Städte allein. Wenn die Finanzkraft der Städte hierfür nicht ausreicht, so obliegt es den Ländern und dem Bund zu helfen. Auch der vom Bundesverfassungsgericht herausgearbeitete Grundsatz der „Bundeszuständigkeit kraft Sachzusammenhangs“ gebietet dem Bund, sich des Verkehrsgeschehens innerhalb der Stadtgrenzen anzunehmen.

Während das Problem der Fernstraße kurz vor der Lösung steht, hat sich uns im innerstädtischen Verkehr eine Aufgabe gestellt, die noch bewältigt werden muß. Patentrezepte gibt es sicherlich nicht. Doch werden sich mit Mut und Phantasie innerhalb der durch Haushalt, Konjunkturlage und Kapitalmarkt gesteckten Grenzen neue Wege finden lassen, die zweckmäßig und realisierbar sind.

Die Wissenschaft bemüht sich heute, Menschen zum Mond zu befördern. Doch dürfen dabei die für den einzelnen viel näher liegenden Fragen nicht vernachlässigt werden, wie er ohne Angst die Straße überqueren kann, wie die Kinder in Sicherheit zur Schule kommen können, Rauch, Lärm und Abgase zurückgedrängt werden können und Straßen und Plätze nicht im Verkehrschaos untergehen.

Die hier angeschnittenen Fragen der Verkehrssicherheit, Lärmbekämpfung, Luftverunreinigung und all die anderen Probleme der Massenerscheinungen unserer Zeit zeigen deutlich, daß die Verkehrspolitik nicht nur die Regelung der Wettbewerbsverhältnisse zwischen den Verkehrsträgern zum Gegenstand hat, sondern daß das öffentliche Wohl in der Verkehrspolitik mehr als anderswo an erster Stelle zu stehen hat. Man darf also nicht unberücksichtigt lassen, wie sich die Verkehrspolitik auf die Allgemeinheit, auf den Menschen im Gesamtverkehr auswirken wird. Es darf nie vergessen werden, daß im Mittelpunkt der Politik, insbesondere der Verkehrspolitik, der Mensch steht.

Ist eine nationale Kulturpolitik in Deutschland möglich?

Berthold Martin

Wollen wir die in dem Thema gestellte Frage beantworten, so müssen wir zunächst die gegenwärtige Situation auf dem Gebiete der Kulturpolitik analysieren. Dabei gehen wir von drei Gesichtspunkten aus: der föderalistischen Verfassung, der Funktion der großen Parteien und den weltanschaulichen und regionalen Tabus.

Die föderalistische Verfassung hat zweifellos Lücken. Zu den entscheidenden Schwächen gehört, daß die Verteilung der Kompetenzen so behandelt wurde, daß den Teilen Kräfte verliehen wurden, die dem Ganzen nach

dem wirtschaftlichen Aufschwung zur Festigung und zum Fortschritt einer modernen Industriegesellschaft heute fehlen. Dennoch weist die Verfassung dem Bund laut Artikel 74, Abs. 13 Mitsprachekompetenzen auf wichtigen Gebieten der Kulturpolitik zu. Wenn Länder und Bund nach den in den letzten Jahren erworbenen Erfahrungen als Partner, nicht als Gegner miteinander arbeiten, können ohne Änderung der Verfassung bedeutende Leistungen erzielt werden. Wichtig ist, daß beide Seiten nicht ihre Energien durch dauernde Reibungen vergeuden, sondern durch zielbewußte Arbeit

in einigermaßen klar umrissenen Linien richtig einsetzen. Nicht die Verfassung zu ändern sollte das Ziel sein — dies wäre bei der Verflechtung verschiedenartiger Interessen mit den Bestimmungen des Grundgesetzes praktisch kaum möglich. Vielmehr gilt es, durch Mobilisierung vorhandener Kräfte die vielfältigen Möglichkeiten zu erfüllen, die das Grundgesetz schon jetzt gibt.

Die Rolle der Parteien

Die Vehikel, mit denen in diesem demokratischen Staat föderalistischer Struktur nationale Kulturpolitik gemacht werden muß, sind die Parteien. Sie, die laut Verfassung die politischen Willensträger der Nation sind, haben die Aufgaben nationaler Kulturpolitik bisher im großen und ganzen der Exekutive in Bund und Ländern und Interessengruppen überlassen. Das Interesse der Bundestagsfraktion an der Kulturpolitik ist noch geringer als an Etatfragen. In den Landtagen gehören Probleme der Kulturpolitik zwar zum täglichen Brot; doch ist die Verzettlung in Detailfragen ohne Beachtung einer sachlichen oder gar nationalen Rangfolge unübersehbar und wohl auch unvermeidlich. Zielsetzung und Tempo der Kultur- und Bildungspolitik bestimmt meistens die Exekutive. Von ihr gehen die Initiativen und auch die Hemmungen aus. Sie hat die Kulturpolitiker von Rang und Namen hervorgebracht. Jedenfalls haben die großen Parteien weder ein geschlossenes, modernen Bedürfnissen angepaßtes Programm in der Kulturpolitik, noch haben sie kulturpolitische Vorstellungen entwickelt, die ähnlich verbindlich erscheinen, wie etwa die Vorstellungen über Außenpolitik, über weite Bereiche der Sozialpolitik, der Eigentums-, der Steuer- oder der Verteilungspolitik.

Mindestens ebenso schlimm ist die Tatsache, daß weltanschauliche Tabus und überholte Kultur- und Bildungsklišees die Einsicht in die Notwendigkeit einer aktiven, zukunftsweisenden Kulturpolitik verstellen.

Gemeint sind hier nicht religiöse Einsichten. Die Konfessionsschule z. B. ist an sich nicht „fortschrittsfeindlich“, sondern die Konfessionsschule um jeden Preis birgt die Gefahren. Führende Kirchenmänner haben das eingesehen — zu erinnern sei an die grundsätzlich positive Einstellung Kardinal Döpfners zur Einrichtung von Zentralschulen auf dem flachen Lande. Die Niederlage der CDU in einigen Landeswahlkämpfen war die Folge starrer Verslossenheit vor notwendigen Reformen des Landschulwesens. Hier gilt es zu modifizieren. Ohne die Bereitschaft zu Modifizierungen allzu starrer Schulschemen, vor allem im Volksschul- und berufsbildenden Schulwesen, sowie ohne die Bereitschaft zu einer sinnvollen Lehrerausbildung gerade für die Elementar- und weiterbildenden Schulen wird das Bildungswesen der Zukunft versanden. Der Kampf um eine wirkungsvolle Kulturpolitik, der die nächsten Bundestags- und Landtagswahlkämpfe entscheidend mitbestimmen wird, geht für eine Partei unweigerlich verloren, die sich durch ihre Tabus daran hindern läßt, das Notwendige rechtzeitig zu tun.

Das gilt aber auch für jene, die sich krampfhaft an ein universales Bildungsschema klammern, das angeblich von Wilhelm von Humboldt stammen soll. Der preussische Reformler hat die Schulen und Hochschulen zu dem Zweck gemäß so zu gestalten versucht, daß sie dem Endzweck eine möglichst gut und gründlich ausgebildete Schicht freier Berufe, Verwaltungsbeamten, Juristen und Theologen heranzubilden, dienen konnten. Das Neue bestand darin, daß der Staat nicht mehr die Anstalten des Einzelnen leiten sollte, sondern ein philosophisches Weltbild, das damals das idealistische war. Damals und noch lange danach bestimmten Philosophen, klassische Philologen und Theologen den Gehalt der Hochschule und der Höheren Schule; heute sind es Techniker und Naturwissenschaftler. Das Weltbild hat sich unendlich differenziert — der Arzt kann heute die deutsche und ausländische Literatur nicht mehr beherrschen, der Jurist nicht mehr die Gesetze der hohen Mathematik, der Physiker nicht mehr die Existenzphilosophie. Nicht durch die Spezialisierung gerät die abendländische Kultur in tödliche Gefahren, sondern durch fehlgeleitete Ganzheitsbemühungen. Unfähig die Ganzheit des Erfahrbaren und Denkbaren zu erfassen, verfällt der Spezialist zu leicht auf den Ausweichten sein Gebiet einfach für das Ganze zu halten, statt der tolerierenden geistigen Partnerschaft (Teamarbeit) sinnvolle Ergänzungen seines Bemühens zu suchen.

Die CDU und die Kulturpolitik

In einer Partei, welche die Tolerierung konfessioneller Anschauungen und ihrer praktischen Realisierung der Kulturpolitik zu einer politischen Tugend gemacht hat, wird die Erarbeitung gemeinsamer kulturpolitischer Grundlinien leicht zu einer ernsthaften Belastung. Sie wird noch gefährlicher durch die Betonung langjährig mannschaftlicher Unterschiede und durch das Vorhandensein eines unterschweligen Respekts vor der Obrigkeit. Einer Partei, die konservative Honoratiorenmerkmale nicht verleugnen kann, wird die Erkenntnis der Zukunft nicht ganz leicht sein.

Aber die Besinnung auf das gemeinsame Bekenntnis einer freiheitlichen Staats- und Gesellschaftsordnung mag hier über einige scheinbare Hürden hinweghelfen. Dabei geht es zunächst einmal um einige ganz realistische Einsichten, die allzu faule politische Kompromisse abschließen müssen, wenn die Kulturpolitik nicht zu einer grandiosen Fehlinvestition werden soll. Wir haben besonders abschreckendes Beispiel für solche Fehlinvestition etwa in dem berühmten Schulreform-Gutachten des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Bildung. Als der Ausschuss die Grundidee der Förderstufen, der elastischen und durchlässigen Schulzüge verwägte, um wesensfremden, aber traditionellen Schulformen Raum zu geben, war der Plan schon zum Scheitern verurteilt. Das lag nicht an der Radikalität des Grundgedankens. Politik, auch Kulturpolitik muß realistisch erscheinen, aber sie muß an einem roten Faden innerer Logik hängen. Sonst verliert sie das Ziel aus dem Blickfeld, das sie doch irgendwie, und sei es auch auf Umwegen, erreichen muß, will sie als erfolgreich gelten.

Gegebenheiten also lassen eine nationale Kulturpolitik zu: die föderalistische Verfassung ist praktikabel, wenn die politischen Willensträger, also die Parteien, nach klaren Konzeptionen und Rangfolgen leben. Wie sie aussehen könnten, soll im folgenden erlegt werden.

Man wird, um mit dem Leichtesten anzufangen, die Künste in aller Freiheit pflegen. Der Hang, ihnen staatliche Zensuren zu erteilen, verrät ein verzerrtes Verhältnis zu Literatur und bildender Kunst. Es gibt nur eine unteilbare Freiheit der Kunst und diese Freiheit läßt sich nicht manipulieren. Freilich wird man auch die Versuche der Kunst abzuwehren haben, nach Brot zu gehen. In einer freien Gesellschaft muß sich ohne Frage auch die Kunst so unabhängig wie möglich entwickeln. Wo aber das Gemeinwesen subventioniert, muß die Anerkennung der völligen Freiheit geschehen. Ob es Museen, Theater, Kunst- oder Konzerthallen sind — hier ist nur die ohne Bedingung dienende Haltung des Mäzens dem Objekt angemessen. Es gibt geordnete Rangfolgen — solange Krankenhäuser und Schulen noch in Trümmern lagen, waren die sogenannten „Kulturretats“ der Länder und Städte dürftiger als heute. Aber was auch immer an Geldmitteln aufgebracht wird — es mehr auf die Dauer nur dann den Ruhm des Landes oder der Gemeinde, wenn es ohne Hintergedanken und Nebenabsichten, erst recht ohne einschränkende Bedingungen gegeben wird.

Ordnung von Funk und Presse

Das gilt erst Recht für Presse und Funk; die Pressefreiheit ist mit voller Absicht zu institutionellen Inhalten der Verfassung gemacht worden. Wer die Vielfalt profilierter Meinungen mißachtet, zerstört die Grundlage der Demokratie. Auch hier gilt das ehernes Gesetz die Unteilbarkeit der Freiheit, ein Gesetz, das uns auferlegt, das Unseriöse mit dem Ernsthaften zu tragen. Die Landesgesetze über Presse und Funk liegen heute, fast zwanzig Jahre nach der Hitlerdiktatur, noch immer im Argen. Noch immer glaubt man Grundgesetze einer freiheitlichen Presse — wie etwa das Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten — ausschließen zu müssen. Es fehlt den Demokraten irgendwo sonst so sehr an der inneren Logik als auf diesem Gebiet. Gewiß wird es immer wieder einmal Kollisionen zwischen Staatsraison und dem Interesse der Gesellschaft geben. Eine Staatsraison inlassen, die sich ungestraft gegenüber den Interessen der freien Gesellschaft behaupten kann, ist einer demokratischen Ordnung zuwider. Wenn es zu den Aufgaben einer großen Partei gehört, den Boden der Demokratie zu festigen, auf dem sie allein auf die Dauer zu leben vermag, dann wird sie in Fragen der Meinungs- und Pressefreiheit eine nationale Kulturpolitik treiben müssen. Selbstverständlich weist die Verfassung diesen Gesetzgebungssektor den Ländern zu. Aber hier sollte die Verständigung auf bundesweite Grundsätze vordringlich werden. Die Meinungsfreiheit ist in München genauso unteilbar und schutzwürdig vor dem Zugriff engstirniger Juristen, wie in Köln oder in Hamburg. Beunruhigend am Vorgehen der Behörden in der „Spiegelfaffaire“ waren nicht das Motiv, soweit die

Sorge um den Bestand des Staates dabei wirklich ausschlaggebend war, sondern die Methoden: jede normale Tageszeitung würde bei dieser Art von Vorgehen die wirtschaftliche Existenz einbüßen. Dies sollte nicht leichtfertig vergessen werden.

Die Kulturpolitiker im Bund und in den Ländern werden nicht umhinkommen, sich mit der Frage der Neuordnung von Rundfunk und Presse und ihrem Wettbewerbsverhältnis zueinander intensiv auseinanderzusetzen. Wenn nämlich die Presse- und Meinungsfreiheit in der Bundesverfassung ausdrücklich garantiert sind, so muß Vorsorge getroffen werden, daß diese Garantie Geltung behält. Gerade hier wird es ohne radikales Umdenken, ohne das Verlassen traditionalistischer Denkvorstellungen, nicht weitergehen. Man wird zunächst die behauptete Ungleichheit des Wettbewerbs von Presse und Funk und Fernsehen sehr genau beobachten und auf ihre Gründe und Folgen analysieren müssen. Man wird sich zweitens an den Gedanken gewöhnen müssen, daß weder der Hörfunk noch das Fernsehen nach einem Naturgesetz der Staatssphäre zugeordnet sein müssen. Die Presse hat seit jeher einen privatwirtschaftlichen Untergrund, und sie hat ihre öffentlichen Aufgaben im großen und ganzen auf dieser privatwirtschaftlichen Basis erfüllen können. Andererseits war die monopolistische Organisation öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten weder eine Hemmung für deren privatwirtschaftliche Betätigung und Verflechtung, z. B. mit den Werbegesellschaften und ihren Töchtern, noch garantierte diese angeblich völlig unabhängige Stellung ein Programm, das die Kommunikation des Hörers oder Fernsehers mit seinem Staat oder der freien Gesellschaft unbedingt und an allen Stellen förderte. So sehr es weiten Kreisen gefallen mag, daß das Fernsehen seiner Natur nach jetzt fast meinungslos oder doch konformistisch organisiert sein muß, so wenig kann auf die Dauer ein Interesse daran bestehen, diesen Konformismus zu fördern oder gar zu stabilisieren. Denn nur in der Vielheit profilierter Meinungen, die sich gegenseitig korrigieren und ergänzen und zu dem geschlossenen Chore der öffentlichen Meinung zusammenklingen, läßt sich Pressefreiheit oder Meinungsfreiheit realisieren. Gerade eine Partei, die sich der freien Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verschrieben hat und unter diesen Schlagworten manchen Wahlkampf in den Ländern und im Bund gewonnen hat, wird sich einer grundsätzlichen Umstrukturierung des Rundfunkwesens nicht völlig verschließen können. Daß bei den Gegenkräften vor allem auch in den Ländern ausgesprochene Prestige-Bestrebungen im Gange sind, hemmt zwar die Einsicht in die wünschbare Entwicklung des Rundfunkwesens, aber auch hier wird das Prestige Regelungen nicht aufhalten dürfen, die letzten Endes die freiheitliche Ordnung der Demokratie als solche zu schützen im Stande sind.

Bildungspolitik und nationale Kulturpolitik

Den breitesten Raum in einer nationalen Kulturpolitik muß selbstverständlich die Bildungspolitik einnehmen, zumal sie heute eine Förderung von Wissenschaft und Forschung miteinbeziehen wird. Das große Gewicht

dieser Seite der Kulturpolitik kann überhaupt nicht überschätzt werden. Wir befinden uns mitten in einer wissenschaftlichen und verwissenschaftlichten Welt, und es ist natürlich nicht von ungefähr, daß sowohl der Bundesetat als auch die Länderetats Milliardenbeträge für diesen Sektor eingesetzt haben und noch wesentliche Steigerungsraten in den nächsten Jahren und Jahrzehnten erwarten, wenn auch nur die dringendsten Aufgaben der Bildungs- und Forschungspolitik und Förderung erfüllt werden sollen.

Die Zukunft wird auch in dem Maße dem Westen gehören, indem es ihm gelingt, sich auf die gewaltigen Bildungs- und Forschungsaufgaben der Zukunft einzustellen. Und dies ist nicht nur eine Frage der Organisation, die ja bei gewissen Hemmungen und Verzögerungen dennoch relativ schnell zu lösen wären, sondern es ist in erster Linie eine Frage des Umdenkens. Dabei spielt eine innere Lösung von den Klischeevorstellungen schon gar keine so erhebliche Rolle mehr, die sich bei der Zitierung von Namen wie Wilhelm von Humboldt, Schleiermacher oder Fichte ergeben. Die deutsche Hochschule ist zwar in ihrem hierarchischen Aufbau durch und durch veraltet und beinahe in ihrer jetzigen Gestalt unfähig, die gewaltigen Anforderungen technischer und naturwissenschaftlicher Art zu bewältigen, die in der nächsten Zeit an sie herangetragen werden, aber die Zeichen der Zeit weisen auf eine notwendige Initiative der Kulturpolitiker. Nicht die Gelehrten, die bedeutende Pläne ausarbeiten können und von Zeit zu Zeit ihre kritische Stimme zu den jeweiligen Verhältnissen erheben werden, sind am Zuge, sondern der Staat oder besser noch die Gesellschaft. Wenn der preußische Kultusminister Becker heute noch — berechtigt oder unberechtigt — in den Hirnen der meisten Professoren und Kulturpolitiker vor allem in den Exekutiven der Länder als das eingestandene oder uneingestandene Vorbild für eine Wissenschafts- und Forschungsförderung in Deutschland gilt, so sollte man sich darüber klar sein, daß Becker ohne Rücksicht auf die Interessenlagen der Hochschullehrerschaft seine Reformen durchzusetzen versucht hat, daß er letzten Endes aber an der hierarchischen Starre der deutschen Hochschule gescheitert ist.

Ehe aber überhaupt von einer Hochschule oder Schulreform die Rede sein kann, wird man die Faktorenbildung und Forschung überhaupt einem radikalen Umdenken unterwerfen müssen. Die Wirtschaft kennt nicht umsonst den Begriff der Bildungsinvestition, und die pädagogischen Wissenschaften haben nicht umsonst seit einiger Zeit den Begriff der Bildungsökonomie geprägt und gefördert. Wir haben sowohl in der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt als auch in dem neuen Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin Institutionen, die sich mit der Erforschung aller ökonomischen und sozialen Elemente beschäftigen, die sich aus einer notwendigen Forcierung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ergeben haben oder auch noch ergeben werden. Die Wirtschaft wird, je mehr sie sich mit der internationalen Wirtschaft verflechtet, sich in immer stärkerem Maße dem Investitionsfaktor Bildung zuwenden. Schon heute sind die Einrichtungen zur Unter- richtung und Bildung von Managern oder zur Weiterbil-

dung des Mittelmanagements Legion; auch in Deutschland gibt es, wie in anderen Ländern, eine ganze Reihe qualitativ hochwertiger Einrichtungen, die sich mit der Aus- und Weiterbildung junger Menschen für die wirtschaftlichen Führungsaufgaben der Spitze und der mittleren Ebene befassen.

Kulturpolitik — Politik ohne Lorbeeren

Man wird in Deutschland die bereits genannten Gegebenheiten im Auge behalten müssen, wenn man sich daranmacht, eine nationale Bildungspolitik mit allen ihren Folgerungen und Rückwirkungen, vor allem auf Bund und Länder und ihre Kompetenzen, zu betreiben. Wer sich heute mit Wissenschafts- und Forschungspolitik ernsthaft beschäftigt, muß sich darüber klar sein und klar bleiben, daß diese Begriffe für Instrumente stehen, mit denen die staatliche und gesellschaftliche Zukunft auch der freien Welt bewältigt werden muß. Wenn eins aus den Köpfen der Politiker und vor allem der verantwortlichen Kulturpolitiker in den Parlamenten, in den Bund- und Länderinstanzen heraus muß, dann ist es die Vorstellung, Wissenschaft und Forschung müsse zum Ruhm einer bestimmten Gesellschaft oder eines bestimmten Staates beitragen. Wissenschaft und Forschung sind heute keine Lorbeerblätter mehr, keine Lorbeerkränze, mit denen sich Regierungen oder Parlamentarier umkränzen können. Sie sind harte Faktoren, ohne die der Staat und die Gesellschaft der Zukunft einfach nicht mehr denkbar sind. Nur wer sich dies vergegenwärtigt, kann im Ernste Kulturpolitik treiben, und gerade der Bund mit seinen Instanzen, also Parlamente und Regierung, werden sich an diesen für sie noch völlig ungewohnten Gedanken gewöhnen müssen. Sobald das Stichwort Kulturpolitik oder Förderung von Wissenschaft und Forschung fällt, geht es nicht mehr darum, Kompetenzen zu verteilen zwischen Bundesministerien, sondern es geht darum, über elementare Fragen der Nation sich Aufschluß zu geben und darüber folgenschwere Entscheidungen zu fällen.

Wichtige Vorbedingung für eine positive Kulturpolitik in der Bundesrepublik und mit der Bundesrepublik im Konzert der europäischen und freien Mächte und in der Konkurrenz zu den entsprechenden Anstrengungen des Ostens ist, daß die föderalistische Struktur in diesem Lande nicht zu Kompetenzreibungen, sondern zur Partnerschaft benutzt wird. In diesem Zusammenhang darf gesagt werden, daß der 19. März 1964 zu einem markanten Datum der Kulturpolitik in der Bundesrepublik geworden ist. An diesem Tage haben die Ministerpräsidenten der Länder endlich dem Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung ihre Zustimmung gegeben. An diesem Tage haben die Ministerpräsidenten darüber hinaus den Grundsatzbeschuß gefaßt, einen gemeinsamen Fonds für die Errichtung von vier neuen Universitäten und einer neuen Technischen Hochschule zu bilden. Damit finden langjährige Bemühungen, eine geeignete Verfahrensweise für eine überregionale oder gar nationale Kulturpolitik zu finden, einen ersten Abschluß.

Wer Aufgaben übernehmen will, wird sich zunächst zu fragen haben, ob er diese Aufgaben überhaupt so rationell wie möglich leisten kann. Beginnt man beim Bund, so liegt hier noch eine ganze Menge im Argen. Die Frage der Koordination beispielsweise der wichtigsten Bundesministerien in Fragen der Wissenschaft und Forschung ist keineswegs endgültig gelöst, schon gar nicht nach der Einrichtung eines Wissenschaftsministeriums. Zwar hat dieses seit seiner Einrichtung eine ganze Menge von Problemen und Fragen zäh und beharrlich an sich gezogen, und es ist auch keineswegs eine schlechte Sache, daß der Wissenschaftsminister sich offenbar mit der Realisierung von Plänen und Erfahrungen Zeit läßt. Wenn es für ihn und sein Haus überhaupt eine vordringliche Aufgabe gibt, so ist es die Beobachtung und die Aufstellung langfristiger Planungen. Solche Planungen müssen in Verbindung mit denen der Länder und auch der OECD, die sich ja bereits seit geraumer Zeit mit langfristigen Bildungsplänen auseinandersetzt, gesehen werden. Hervorragende deutsche Bildungsplaner und Ökonomen, wie die Professoren der Hochschule für Internationale Pädagogische Forschung in Frankfurt, nehmen an diesen Untersuchungen teil. Die Erfahrungen sind in Deutschland keineswegs hinter den anderen Ländern zurückgeblieben; im Gegenteil haben wir in der Methodik mindestens aufgeholt, wenn nicht gar einige Vorsprünge. Das Schlechte ist nur, daß bisher die Möglichkeiten und die Erkenntnisse unserer Bildungsökonomien meist aus Gründen von Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern und der Länder untereinander nicht ausreichend genutzt, nicht einmal zur Genüge aufgenommen, geschweige denn realisiert worden sind. Ob unabhängige Institute die Planungen vorwärtstreiben oder ob der Bund, vertreten durch das Wissenschaftsministerium, oder die Länder, etwa vertreten durch die Kultusministerkonferenz, den künftigen Bedarf abzumessen versuchen, läuft letzten Endes auf dasselbe hin-

20 Hochschulen in Deutschland stehen, bagatellisiert aus, nämlich auf die Bemühung, Klarheit über künftige Ausgaben und Aufgaben auf dem gesamten Bildungssektor zu gewinnen.

Bildungsplanung tut not!

Das Wort Plan und Planung hat gerade in einer Partei, die der freiheitlichen Wirtschaftsordnung verbunden ist, einen gewissen ominösen Klang, und auch in der Kulturpolitik ist wohl mit einer gewissen Schärfe der Begriff Planung zurückgewiesen worden, zumal ganz offensichtlich die Oppositen mit diesen Vorstellungen sehr eindeutig operiert. Aber in einer gewandelten Welt, in einer hochtechnisierten und industrialisierten Gesellschaft sieht die Planung grundsätzlich anders aus als in den Lehrbüchern von Marx, Engels oder Lenin. Wenn Staat und Gesellschaft und ihre Institutionen nicht wissen, auf welche Größenordnungen in der Bildungspolitik, in der Forschung, in der Wissenschaft sie zusteuern, werden sie die künftigen Aufgaben einfach nicht lösen können. Es geht nicht darum, genaue Bedarfsfeststellungen zu machen und nun sich sklavisch an die einmal gefundenen Zahlen zu halten, die nebenbei immer umstritten bleiben werden, sondern es geht darum, gewisse Größenordnungen zu sehen, um zu wissen, in welchem Rahmen man sich bewegen muß. Die Milliardensummen, die in den nächsten Jahren auch auf die Bundesetats aus den Bedürfnissen der Wissenschafts- und Forschungsförderung zukommen, sind noch zu leicht und zu unverbindlich dahergesagt, als daß sie in den Herzen und Hirnen vieler Parlamentarier und Regierungsmitglieder wirklich Gewicht und realisierbare Vorstellungen gewonnen hätten. Aber gerade dies muß erreicht werden, weil sonst das Parlament und auch die Bundesregierung und auch die Länderinstanzen von der Entwicklung überrannt werden. Es genügt nicht, daß man die Behauptung eines führenden Bildungsökonomien, bis 1970 müßten etwa

Es hat niemals eine Zeit gegeben, wo ein so großes Überangebot an den Menschen herangetreten wäre, ein Überangebot an materiellen Werten, ein Überangebot an geistigen Werten, ein Überangebot an verschiedenen Weltanschauungen, ein Überangebot an unendlicher Vielfalt. Niemals war dem Menschen bewußt, wieviel er wählen kann. Und niemals hat er so schlecht wie heute gewußt, was er wählen soll. Wie, wenn die Kirche die Macht ist in der Welt, die den Menschen lehrt, wählen zu können, auswählen zu können, christlich, so daß er wirklich ein gesunder und ein guter Mensch sein kann? Wenn sie ihn lehrt, wählen zu können?

Der wahre Christ ist der Entscheidungschrist. Diesen Typ haben wir nicht immer erzeugt. Aber heute müssen wir ihn erzeugen, von klein auf. Wir sollen nicht immer sagen: Du mußt, du sollst, das darfst du nicht, das verstehst du nicht, schweige. Sondern wir müssen sagen: Beurteile, schaue, wähle, lerne wählen. Wenn die Kirche das tut, und sie ist auf dem Wege, das zu tun, dann wird man die Kirche in dieser Zeit nicht als ein Relikt aus alten Tagen betrachten. Ich glaube es nicht, wenn die Kirche geistige Fülle der Gaben und damit Macht hat. P. Mario von Galli S. J. auf dem Katholikentag 1964

und als die Theorie eines weltfremden Professors abtut. Es genügt auch nicht, daß man die Nase über die Tatsache rümpft, daß eben dieser weltfremde Professor es für richtig hält, seine bildungsökonomischen Thesen in Massenblättern dem Volk zu vermitteln. Nicht derjenige, der über diese Praxis die Nase rümpft und nicht derjenige, der die Zahlen bagatellisiert, ist auf dem richtigen Wege, sondern eben jener Professor, der anhand einer umfassenden jahrelangen Arbeit die Notwendigkeiten der Bildungsinvestitionen in der Wirtschaft und im Staat und in der Gesellschaft sieht und verarbeitet hat.

Auch der Bund muß handeln

Der Bund wird sich um alle jene Aufgaben kümmern können und müssen, die ihm der Artikel 74, Abs. 13 zumißt. Dazu gehört durchaus die Mithilfe beim Ausbau und Aufbau alter und neuer wissenschaftlicher Hochschulen; dazu gehört vor allem die Förderung überregionaler Forschung in den verschiedenen Instituten, die von der Deutschen Forschungsgemeinschaft betreut werden. Schon diese Aufgaben werden zweifellos große Mittel erfordern, zumal internationale Probleme sicherlich noch dazukommen. Schließlich wird auch eine gezielte Entwicklungshilfe durch Bildungseinrichtungen nur dann in den entsprechenden Ländern wirksam werden können, wenn auch die Hilfsmöglichkeiten der Länder in Bundesstellen oder im Wirksamwerden des Bundes besonders forciert werden können. Der Bund kann bedeutende Lenkungsarbeiten dadurch wahrnehmen, daß er langfristige Planungen unternimmt und diese Planungen regelmäßig veröffentlichen läßt. Wenn man sich einen Kulturbericht der Bundesregierung vorstellt, so müßte er eigentlich darin bestehen, solche langfristigen Planungen aufzustellen und darzutun, wie im Bund und in den Ländern und in den Gemeinden diese langfristigen Planungen verwirklicht worden sind. Die Methodik solcher Planungen liefern, wie schon gesagt, einschlägige unabhängige Institute.

Übereinstimmung zwischen den Ländern

Zur Kulturpolitik der Länder müßte es vor allen Dingen gehören, über bestimmte Grundfragen der geistigen und materiellen Organisation von Schulen und Hochschulen Übereinstimmungen zu erzielen. Die Länder sind ganz unstreitig auf diesem Gebiete in den letzten Jahren sehr viel aktiver geworden, wohl auch, nachdem eine Reihe von anderen Fragen, die sich aus der Nachkriegszeit ergeben hatten, gelöst wurden. Die heftige Reaktion der Öffentlichkeit auf einige Empfehlungen und Vereinbarungen der Länderkultusminister, etwa die Saarbrückener Vereinbarungen über die Neuordnung der beiden letzten Klassen auf den Höheren Schulen oder die Vereinbarung über die Wertung der „5“ in Deutsch zeigt, wie tief die Kultusminister immerhin in liebgewordene Bildungstabus der Deutschen einzugreifen gewagt haben. Der Zopf der Vergangenheit ist nicht darin zu sehen, daß es landsmannschaftliche Unterschiede und Unterscheidungen in Deutschland gibt — das gibt es, ob man das nun glaubt oder nicht, in anderen Ländern auch, vor allen Dingen aber in den USA —, sondern daß man bei veralteten und längst überholten Verwaltungspraktiken eigen-

sinnig beharrt. Es ist sicherlich schlimm, daß es in den deutschen Bundesländern unterschiedliche Schularten und sogar unterschiedliche Schulanfänge gibt; es ist aber sehr viel schlimmer, daß wir bis heute noch keinen Weg gefunden haben, Großforschungsinstitute der Naturwissenschaften, die einen gewaltigen Finanzeinsatz erfordern, modern in der Verwaltung zu organisieren. Es ist heute noch so, daß Forschungsinstitute mit Aufgaben, die weltweite Rückwirkungen haben oder haben sollten, in der Zwangsjacke jährlicher Haushaltsvoranschläge liegen. Erst kürzlich hat Werner Heisenberg darauf aufmerksam gemacht, daß es für die Großforschungsinstitute in der Bundesrepublik, etwa für den Großbeschleuniger Desy oder für das Institut für Plasmaphysik in München-Garching, noch immer keine befriedigende Rechtsform gibt. Die Organisationsform der Bundesanstalt, so hat er mit Recht gesagt, ist für diese Institute nicht oder nur sehr wenig geeignet. Das hat gar nicht einmal in erster Linie etwas damit zu tun, wer diese Institute zu finanzieren hat — in diesem Falle ist es die Bundesregierung allein —, sondern es hat etwas mit unserer grundsätzlichen Einstellung zu den künftigen Forschungs- und Wissenschaftsaufgaben zu tun. Alle Vorschläge, alle Klagen, alle Einwände laufen letzten Endes darauf hinaus, daß wir versuchen, mit untauglichen Mitteln der Vergangenheit große Probleme der Zukunft zu lösen. Und wenn sich für die verantwortlichen Parteipolitiker in Bund und Ländern eine Aufgabe ergibt, so ist es die, zu diesem Umdenken, zu modernen Denk- und Arbeitsformen mit beizutragen.

In der frisch gewonnenen Überzeugung, daß es eine Bildungsökonomie gibt, auch in der frischen Aktivität gerade der Kultusministerien der Länder, die ja erst vor wenigen Monaten eine Bedarfsfeststellung über Schul- und Hochschulausgaben bis 1970 vorlegen konnten, neigen wir jetzt zu einer quantitativen Wertung der Sache. Wo wir bisher gern das rein Geistige betonten, um uns vor den materiellen Verantwortlichkeiten oder der Lösung auch von Organisationsfragen zu drücken, hantieren wir heute gerne mit Zahlen und ökonomischen Begriffen, und wir merken dabei nicht, daß der Gegenstand unserer Sorge und Bemühungen bei solchen Manipulationen allzu leicht vergessen wird. Die Kehrseite einer Bedarfsfeststellung kann durchaus eine rein quantitative Einstellung und eine rein quantitative Lösung von Zukunftsaufgaben bedeuten. Scharf formuliert, müssen wir damit rechnen, daß unsere Universitäten auf unabsehbare Zeit hinaus „überfüllt“ bleiben. Sie müssen überfüllt sein, weil nämlich nur durch eine starke Anhebung der Bildungskapazitäten die Zukunftsaufgaben in Technik und Wissenschaft zu lösen sind.

Schulreform und Hochschulreform

Die Aufgabe der Zukunft ist die Begabtenförderung und die Begabtenentfaltung. Schulreform und Hochschulreform werden sich nach dieser Aufgabe zu richten haben. Alle Maßnahmen, die eine Entfaltung von vorhandenen Begabungen hindern oder einschränken, hindern die Gesellschaft, sich in die Zukunft hinein zu entwickeln. Man sollte diese Auffassung weder unbegrenzt fortschrittsgläubig nennen, noch sollte man

sie mit einem primitiven und im Grunde fatalistischen Elitedenken bekämpfen, das der Überzeugung ist, es werde eigentlich um so exklusiver an den Hochschulen zugehen, je mehr mögliche Studenten von den Studienplätzen ausgeschlossen werden. Eine Exklusivität läßt sich im Zeitalter der totalen Demokratisierung und der Nivellierung aller Standesunterschiede in gar keiner Weise mehr herstellen. Das spricht durchaus nicht gegen Feststellungen von Begabtenforschern, nach denen die Begabungen in bestimmten Schichten offenbar stärker vertreten sind als in anderen. Grundsätzlich muß jede Begabung sich so entfalten können, daß die geistigen Kräfte auf das Höchste und Beste im Sinne der Gesellschaft ausgenutzt werden. Das kann im freien Westen nicht dadurch geschehen, daß man sich der Begabungen bemächtigt und eine künstliche Elite schafft, sondern es kann dadurch geschehen, daß man genügend Bildungseinrichtungen schafft, um alle Begabungen nach ihrem Maß zu fördern.

Die Entfaltung von Begabungen ist gleichbedeutend mit einer weitgehenden Differenzierung der Schul- und Hochschulverzweigungen. Wenn heute beispielsweise Höhere Wirtschaftsfachschulen gefordert werden, wenn überhaupt die Wirtschaft, und vor allem die Industrie, eine differenziertere Ausbildung von mittleren und höheren Führungskräften von der Hochschule bis zu den Fachschulen fordert, dann geschieht das nicht, um irgendwelche Standesunterschiede zu schaffen zwischen Studenten der wissenschaftlichen Hochschulen und Studierenden von irgendwelchen Fachschulen, sondern dann geschieht das, weil nur auf diese Weise alle Begabungen bis zum letzten ausgeschöpft werden können.

Es ist vielleicht im Augenblick noch nicht die Aufgabe des Kulturpolitikers in Bund oder Ländern die Hochschulreform oder die Schulreform so konkret zu lenken, daß die Entfaltung aller Begabungen möglich wird. Aber es ist bestimmt die Aufgabe der Kulturpolitik, die Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der Hochschul- und Schulreform zu schaffen. Solange die Kulturpolitiker in den zuständigen Ländern, aber auch im Bund, es zulassen, daß die Hochschulen ihre hierarchischen Einrichtungen starr verteidigen, solange sie es zulassen, daß junge Wissenschaftler ins Ausland getrieben werden, weil sie am hierarchischen Innenbetrieb unserer Hochschulen verzweifeln, haben sie ihre Aufgabe nicht einmal verstanden, geschweige denn erfüllt. Was mit den geforderten neuen Organisationsformen für die wissenschaftlichen Institute anfängt, hört an der kleinsten zentralen Landschule, die eine rationelle Ausbildung des Landvolks ermöglicht, auf. Und da können auf die Dauer gesellschaftliche und konfessionelle Tabus keine wesentlichen Hindernisse mehr sein. Der Professor wird in Deutschland seine führende Stellung in der Prestigerangfolge des Volkes nur solange bewahren, solange das Volk von ihm die Erfüllung von Aufgaben erwartet, die die Anspannung höchster geistiger Kräfte erfordern. Wenn die Kulturpolitiker ihm diese Anspannung erschweren oder unmöglich machen, oder wenn die Kulturpolitiker es zulassen, daß er gewissermaßen als Kompensation der Anspannung ein starres hierarchisches System in den alten Universitäten beibehält oder an neuen Universitäten einführt, wird die Zukunft der deutschen Wissenschaft je-

denfalls nicht gehören. Die Zukunft der deutschen Wissenschaft hängt nicht daran, ob Bund oder Länder mit der Regelung der verfassungsmäßig ihnen zustehenden Kompetenzen klarkommen, sondern daran, ob die deutschen Professoren und die deutschen Wissenschaftler in dem Rahmen, in den sie hineingestellt worden sind, ihre Aufgaben zu erfüllen in der Lage sind. Wenn ein Nobelpreisträger auf den großartigen Vorschlag eines Außenseiters, auf die überkommenen, aber viel zu langwierigen Bildungsgänge zu verzichten und das deutsche Schulwesen rationeller zu gestalten, nur zu antworten weiß, daß das Studium durch Zwangsexamen nach einer bestimmten Semesterzahl abgekürzt werden müsse, dann ist dies trauriger als die angebliche Indolenz einer Reihe von maßgebenden Kulturpolitikern gegenüber den Forderungen der deutschen Professoren.

Was müssen wir tun?

Was hat also zu geschehen und wie hat es zu geschehen?

Die Förderung der Wissenschaften wird sich konkret in den nächsten Jahren auszuwirken haben in einem Ausbau der vorhandenen wissenschaftlichen Hochschulen und in einem Neubau von einer Reihe weiterer Hochschulen. Dabei sollte man sich vielleicht von vornherein von dem Gedanken frei machen, daß jede Hochschule, die man heute mit Bundes- und Ländermitteln errichtet, eine perfekte, eine runde Universität oder Technische Hochschule sein muß. Der Wissenschaftsrat, der ja eine vorzügliche Einrichtung ist, und seine Kompetenzen durchaus in Zukunft behalten und ausbauen sollte, hat sehr vernünftig darauf aufmerksam gemacht, daß es schon ein gewaltiger Fortschritt ist, wenn einzelne Fakultäten oder wissenschaftliche Abteilungen an mehr Orten als bisher ausgebaut werden. Man kann beispielsweise in Bremen durchaus mit ein oder zwei Fakultäten beginnen, man kann den Ausbau der Medizinischen Akademien als Kernpunkte von naturwissenschaftlichen Fakultäten, die dann wieder Kernpunkte von technischen und geisteswissenschaftlichen Fakultäten werden, viel mehr fördern, als das bisher geschehen ist.

Es kommt darauf an, überall Wirkungskerne zu schaffen, die dann von sich aus wissenschaftlich und organisatorisch Strahlkraft besitzen und neue Kräfte an sich ziehen, die wiederum zum Ausbau und Aufbau weiterwirken. Nicht überall braucht man ein kompliziertes System wie in Bochum zu schaffen, wo im Grunde genommen die Quadratur des Zirkels gelöst werden soll, nämlich keine Fakultäten zu nennen, aber die Fakultäten natürlich zu schaffen. Das Zueinander von neuen Abteilungen wird, solange die alte Fakultätsordnung wirksam bleibt, unerhört gehemmt bleiben. Auf die Dauer müssen die zuständigen Kulturpolitiker im Bund und in den Ländern in die Hochschulreformen hineinwirken. Die Professoren selbst können sich nun einmal nicht an ihren eigenen Haaren aus dem fast schon Chaos herausziehen, das sich durch die gewaltige Ausdehnung der Hochschulen, in den letzten Jahren ergeben hat.

Bei der Diskussion wird viel zu oft vergessen, daß die Deutsche Universität und die Technische Hochschule erst einmal jahrelang von der Außenwelt, von dem

Mitwirken fremder ausländischer Hochschulen, abgeschnürt war, daß die tragende Mittelgeneration der deutschen Wissenschaftler im Kriege auf den Schlachtfeldern geblieben ist, und daß die Universitäten und Technischen Hochschulen buchstäblich am Boden zerstört waren, als sie 1945 auf den Trümmern wieder anfangen mußten. Und es ist ganz deutlich, daß wir in unserem Elan oftmals viel zu weit gehen, wenn es darum gilt, ein wissenschaftliches Institut an einer Hochschule so perfekt aufzubauen wie nur eben möglich. Es ist wirklich kein Verbrechen der Bildung gegenüber, wenn 500 oder sogar 1000 Studenten in einer Vorlesung sitzen; aber selbstverständlich muß diesen 1000 Studenten die Möglichkeit gegeben werden, unter menschenwürdigen Umständen und unter Umständen, die ihre Lernbereitschaft und Forschungsfähigkeit fördern, zu arbeiten. Es können keine wissenschaftlichen Nachwuchskräfte produziert werden. Auf der anderen Seite wird sich die deutsche Universität Wege ausdenken müssen, um den jungen wissenschaftlichen Kräften ehrliches Interesse an ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu erhalten. Wer vor Erreichung des Ordinariats Schleichwege und Kriechspuren setzt, muß sich nicht wundern, wenn das geistige Niveau der deutschen Universitäten nachläßt. Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Professor Heß, hat schon vor längerer Zeit einmal sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutsche Wissenschaft in ihren Fortschritten nicht in den breiten Fächern krankt, sondern an den Randgebieten. Und an diesen Randgebieten sind Außenseiter und junge Kräfte normalerweise tätig. Jedenfalls ist das in den Ländern so, wo die Wissenschaft auf privaten Initiativen aufbauen kann. Wenn, wie in Amerika, die Privatwirtschaft beispielsweise ein Institut bauen kann, das auch Grundlagenforschung treibt, so kann der Geldgeber dort einen Dozenten oder einen jungen Forscher anstellen, der ihm paßt. Die Hochschulhierarchie ist in einem solchen System unwirksam. Diese Möglichkeit muß in Deutschland, wo die Universität bei aller Selbstverwaltung staatlich ausgerichtet ist, gewährt werden. Und es müssen diese Möglichkeiten durch den Kulturpolitiker geschaffen werden. Wo die Kulturpolitiker die hierarchische Rangordnung an den deutschen Hochschulen fördern oder stabilisieren helfen, dienen sie dem Rückschritt und nichts anderem.

Einheit von Wissenschaft und Forschung

Es wird entsprechend dem Ausbau der Universitäten ein Ausbau der wissenschaftlichen Institute notwendig sein. Dabei muß aber der kulturpolitische Ansatz schon so sein, daß das Auseinanderstreben von Wissenschaft und Forschung, das jetzt in einem immer stärkeren Maße deutlich wird, zumindest nicht auch noch forciert wird. Die Trennung der beiden Gewalten innerhalb der wissenschaftlichen Provinz wird im Zeichen moderner Spezialisierung nicht ganz zu überwinden sein. Aber bei allen Entschlüssen und Entscheidungen der Kulturpolitiker, vor allem hinsichtlich des Einsatzes von erheblichen Geldmitteln, sollte die Geschlossenheit von Wissenschaft und Forschung im Auge behalten werden. Die Spezialisierung ist nicht zu umgehen, weil wir in einer modernen, hochspezialisierten, arbeits-

teiligen Welt leben. Aber die Spezialisten müssen die Möglichkeit des gegenseitigen Kontakts behalten. Und eigentlich ist das Ziel der Hochschul- und Wissenschaftsreform, daß durch die sinnvolle Teamarbeit verschiedener wissenschaftlicher Kräfte und Richtungen ein Höchstmaß an wissenschaftlichen Früchten heranreift.

Der Wissenschaftsrat wird über kurz oder lang Vorschläge zur Förderung der wissenschaftlichen Institute machen. Auch sie werden weitgehend, wie schon die Empfehlungen zum Ausbau der Universitäten, auf quantitative Maßnahmen hinauslaufen. Die Kulturpolitiker sollten nicht nur darauf achten, daß die Gelder irgendwie im Kampf mit den Finanzministern erübrigt werden, sondern sie sollten überlegen, daß mit dem Einsatz von Millionen und Milliarden Deutscher Mark auch die Formen und Wege deutscher Hochschulreform eingeleitet werden. Hier wie überall kommt es immer wieder auf die Bewußtseinslage an. Wir sollten im Auge behalten, daß tatsächlich im Jahre 1970, oder meinerwegen auch im Jahre 1980, 60 oder 50 neue Universitäten in Deutschland stehen müssen. Keine bis ins Letzte durchgefeilten Institute, aber doch jedenfalls Institute, in denen Forscher forschen, Dozenten lehren und Studenten lernen können. Und auch die ganze Frage der Studentenförderung muß unter dem Gesichtspunkt dieser Förderung, dieser Entfaltung von Begabungen gesehen werden. Die Praxis läßt allüberall in viel zu starkem Maße den sozialen Faktor mitspielen. Natürlich ist er nicht auszuschließen, aber die Würdigkeit, die dem Honnefer Modell ja ausdrücklich in den Richtlinien vorgemerkt ist, sollte doch ernsthafter beobachtet werden.

Wir müssen die Entfaltung unserer Wissenschaften mit Hilfe staatlicher Kulturpolitik auf allen Ebenen im Rahmen der Entfaltung der Wissenschaft in Europa und in Übersee sehen. Alle Maßnahmen, die auf Zusammenarbeit, auf Erarbeitung gemeinsamer Grundlagen hinauslaufen, sollten gefördert werden. Hier steht uns in der Tat das föderalistische Prinzip immer wieder hemmend im Wege. Es wird das Problem der Zuständigkeit in diesem Rahmen dramatisiert. Es kommt wirklich nicht darauf an, ob der Präsident der Kultusministerkonferenz oder der Wissenschaftsminister oder auch der Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt die deutsche Kulturpolitik im Ausland vertritt. Je breiter die Ebene, desto größer die Möglichkeit, genügend gut ausgebildete Beamte den überregionalen und supranationalen Organisationen zur Verfügung zu stellen.

Nationale Kulturpolitik und Europa

Es ergeben sich sehr schwierige Fragen schon innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Das beginnt beispielsweise mit den Äquivalenzen, also mit den Übereinstimmungen von Prüfungsordnungen und akademischen Titeln, und das endet mit dem Austausch von Studenten, Professoren und Schülern, und wir sollten uns davor hüten, immer neue Institutionen zu schaffen, wenn die alten noch kaum ihre Arbeit aufgenommen oder so verwirklicht haben, daß die ersten Früchte wirklich zu erkennen sind. Vor allem sollte es bei aller Notwendigkeit des Pathos doch darauf ankommen,

die Realisierbarkeit von Plänen und Verträgen im Auge zu behalten.

Der pathetische Austausch von Jugendlichen zwischen zwei Nationen ist ohne jede oder fast ohne jede Rückwirkung auf die Zukunft, wenn dahinter nicht ganz bestimmte Entwicklungen und Entwicklungsmöglichkeiten stehen. Was nützt das schönste Jugendwerk, wenn feststeht, daß unsere Studenten, aus welchen Gründen auch immer, gar keine große Lust haben, im Ausland zu studieren. Dabei exportieren wir täglich Abneigung und Hochschätzung der deutschen Wissenschaft nach draußen, indem wir Tausende von Ausländerstudenten auf den deutschen Universitäten zulassen und indem auch die Kulturpolitiker sich nicht genügend darum kümmern, wie die Bedürfnisse dieser Studenten mit den Organisationsformen der deutschen Universität abzustimmen sind. Es ist zu leicht gesagt, daß sich die Ausländer eben nach den Gewohnheiten der deutschen Universitäten zu richten haben. Sie werden es bis zu einem gewissen Grade selbstverständlich tun, aber sie werden immer eine gewisse Reserve bewahren, solange sie in Systeme gepreßt werden, die ihnen nicht zusagen.

Die Schulpolitik

Auf dem Schulsektor hat scheinbar der Bund wenig zu suchen — und es sieht so aus, als ob die Länder gerade hier einen Sektor aktivster Kulturpolitik gefunden hätten. Auch hier kann der Bund durchaus Impulse geben, z. B. dadurch, daß er die Entwicklung der Schulpolitik, überhaupt der Schulorganisation in Deutschland, seiner Planung mit unterwirft. Vorausschauende Maßnahmen beginnen allerdings bei den Länderverwaltungen populär zu werden; man denke nur an die Bedarfsfeststellung bis 1970, die doch immerhin ein recht erhebliches und aufschlußreiches Zahlenmaterial ausbreitet. Was aber wichtig auch auf diesem Sektor ist, das ist das gewandelte oder zu wandelnde Bewußtsein. Der deutsche Ausschuss für Erziehung und Bildung hat von den Förderstufen geredet, und es wird in das Bewußtsein unserer Kulturpolitiker durch alle Parteien hindurch, vor allem aber innerhalb der Partei durch alle Länder hindurch, einzuprägen sein, daß die Förderung der Schüler auch hier die erste Maßnahme sein muß. Es geht nicht darum, nur um einen gleichwertigen Schulanfang oder um gleichwertige Bezeichnungen für die Schularten zu kämpfen, sondern es geht darum, das Schulsystem in Deutschland zu differenzieren.

Bei einer Arbeitswelt, die sich in Zukunft immer stärker komplizieren wird, kann nur noch der am besten Ausgebildete bestehen. Der Techniker in allen seinen Ausbildungsstufen und Möglichkeiten, der von der Höheren Schule Geprägte, schließlich der Akademiker, werden in Zukunft einen sehr viel höheren Anteil an der Bevölkerungszahl stellen müssen als das bisher der Fall ist. Wir haben das groteske Bild, daß das sogenannte Volk der Dichter und Denker hinsichtlich der Abiturientenzahlen geradezu ein unterentwickeltes Land ist. Und wir sollten nicht behaupten, daß dies eine Folge der schwachen Kriegsjahrgänge wäre oder sonst irgendwie äußerlich bedingt sei. Wie ist es dann

möglich, daß es innerhalb der Bundesländer ein regelrechtes Gefälle von Abiturientenzahlen von Norden nach Süden gibt, wie ist es möglich, daß in Hamburg und Berlin mehr Abiturienten durchgeschult werden und auch in Hessen, als etwa in Rheinland-Pfalz, in Baden-Württemberg oder gar in Bayern? Will etwa jemand behaupten, Länder mit größerem Anteil der katholischen Bevölkerung hätten weniger bildungsfähige Menschen als die Länder nördlich des Mains? Es ist einzig und allein das Schulsystem, ja es ist noch mehr das verstärkte Bildungsbewußtsein. Von daher kommen die Impulse. Wenn die jeweilige Kultusverwaltung von der Aufgabe durchdrungen ist, zweifellos vorhandene Begabungen zu entfalten und die Schwerpunkte ihrer Ausbildungspolitik so zu setzen, daß die Begabungen eben entfaltet werden, ist das wesentlichste Problem der Zukunft gelöst. Wenn freilich Schulsysteme auf Kosten dieses Grundprinzips aufgebaut werden, etwa die Mittelschulen in Nordrhein-Westfalen, dann kann man von einem Zukunftsbewußtsein einer Kultusverwaltung nicht reden. Dieses Bewußtsein zeigt sich keineswegs nur daran, wie die Universitäten auf- oder ausgebaut sind. Sehr viel mehr kann sich die Schulpolitik einer Kultusverwaltung als rückständig und erstarrt zeigen.

Der Zweite Bildungsweg

Oder eine andere Entwicklung: Es hat sich herausgestellt, daß wir beginnen, die Einrichtungen des zweiten Bildungswegs, die in der Bundesrepublik vor einigen Jahren mit großem Elan eingerichtet wurden, zu vernachlässigen. Das ist keine Frage der Mittel oder der Befähigungen oder der Ansprache von eventuell für solche Bildungswege Begabten. Es liegt in erster Linie einfach eine Bewußtseinsstörung vor. Mit dem wachsenden Wohlstand, mit der Konsolidierung der Verhältnisse, neigt auch die Kultusverwaltung und alles, was um sie herum arrangiert ist, dazu, die Neuerungen, die aus den Nachwirkungen und Umwandlungen des Krieges rührten, wenn nicht rückgängig zu machen, so doch mindestens auch nicht zu forcieren. Wir laufen Gefahr, hier in eine Sackgasse zu geraten, aus der wir letzten Endes nicht mehr herauskommen. Denn eine intensive Ausbildung, die mit der Berufsausbildung parallel läuft, die so gestaltet ist, daß eine gegenseitige Überlagerung möglich ist, kann allein den Menschen zur Bewältigung der künftigen Aufgaben in Stand setzen. Wir haben in Deutschland vorwiegend eine öffentliche Schule, und weil das so ist, ist der Staat, der sie verwaltet, d. h. sind die Kulturpolitiker, die die Entscheidungen treffen, dafür verantwortlich, daß die Schule auf die Bedürfnisse der Gegenwart und Zukunft eingestellt wird. Sie ist es nicht mit traditionellen Formen, mit überlieferten Gymnasialgängen, die mit ihren Traditionen kaum über die letzten fünfzig Jahre hinwegreichen, geschweige in den nächsten zehn Jahren sich noch bewähren könnten. Es geht hier nicht darum, Latein oder Griechisch oder Englisch oder Französisch als Fremdsprache zu propagieren oder zu bekämpfen, es geht nicht darum, abzuwägen oder abzuwiegen, welche naturwissenschaftlichen Fächer bis zuletzt gelehrt werden sollten und welche nicht; es steht nicht zur Debatte, ob die Mathematik die Königin der

Wissenschaften ist oder nicht; es steht nicht einmal zur Debatte, ob die Abiturienten für sich abwählen dürfen oder nicht, oder ob etwa die Gemeinschaftskunde richtig organisiert ist oder nicht — es geht allein um das Bewußtsein. Wenn die Kulturpolitiker unseres Landes dieses Bewußtsein, daß es darum geht, die Vergangenheit zu bewältigen und die Zukunft zu bestehen, nicht in ihre Köpfe bekommen, werden wir an unseren Schul- und Hochschulsystemen nur herumlaborieren und bestenfalls quantitative Erfolge erzielen. Jedes Land dieser Bundesrepublik und der Bund trumpfen jährlich mit Riesensummen auf, die ausgegeben worden sind oder ausgegeben werden sollen, und je höher die Zahlen, desto mehr zeigen wir uns in dem Ruhm, nun das Letzte, das Äußerste getan zu haben. Dabei lassen wir uns von dem Bundestagspräsidenten in aller Ehrfurcht ermahnen, daß die Kulturdebatte so kurz und präzise gehalten werden muß wie nur möglich, weil ja am Nachmittag der Grüne Plan auf der Tagesordnung steht. Wir lassen uns im Bundestag bereits Tagesordnungen aufoktroyieren und wirken sogar an ihnen mit, in denen die Kulturpolitik ungefähr die Rangfolge einer drittrangigen Steuernovelle hat. Als wenn in zwanzig Jahren noch über Grünen Plan oder Umsatzsteuer debattiert werden müßte, wenn wir heute die Kernpunkte der Kulturpolitik vernachlässigen.

Wir haben am Anfang von den Gegebenheiten gesprochen, wir haben in dieser ganzen Überlegung immer wieder das föderalistische Prinzip nicht nur nicht anzutasten, sondern auf die Bewährungsprobe zu stellen versucht. Wir haben weiterhin das aufzuzeigen versucht, was jenseits aller gesellschaftlichen und kon-

Die Ehrfurcht vor dem Leben wird immer dort unwahr, wo sie die Lebensüberlegenheit des Menschen vergißt. Nur durch Erfüllung seiner Aufgabe kann der Mensch sein Leben heiligen. Jene Ehrfurcht dagegen vor dem Leben an sich verwandelt sich leicht in das Begehren nach Nichts-als-Leben und in die stumpfe Befriedigung an der Verkündigung der Heiligkeit des Lebens an sich. Wahr ist vielmehr heute wie je die Erschütterung durch die Wirklichkeit der Transzendenz, von der alles Leben in Frage gestellt und nur unter Bedingungen angenommen wird.

Karl Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, 1961

fessionellen Tabus in Deutschland an Bildungs- und Kulturpolitik geleistet werden muß, wenn wir im Konzert der Nachbarvölker, überhaupt der Welt, bestehen wollen. Wir haben von den Gegebenheiten gesprochen. Und wir kommen auf diese Gegebenheiten in diesem Zusammenhang wieder zurück. Denn es erscheint uns, daß auch die Bildungspolitik und gerade die Bildungspolitik mit allen ihren Gegebenheiten, angefangen von einer sinnvollen und modernen Förderung der Wissen-

schaften und der Forschung bis zu den kleinsten Entscheidungen in unserer regional auf gegliederten Schulpolitik, bis zur Aufgliederung und Differenzierung der Ausbildungs- und Bildungsgänge für Facharbeiter und Techniker und Arbeiter und Handwerker, nur Erfolg haben kann, wenn wir in der Partei zu dem Bewußtsein einer modernen Bildungs- und Kulturpolitik kommen. Wir müssen die Honoratiorenvorstellungen mit ihrem Berechtigungswesen hinter uns werfen, wir müssen die Vorstellung hinter uns werfen, daß man mit der konfessionellen Schule um jeden Preis, auch um den der Qualität, noch die Zukunft bestehen könnte, wir müssen uns davon freimachen, daß Kulturpolitik ausschließlich Sache der Länder und der Gemeinden ist, nicht weil der Bund die Zuständigkeiten von Ländern und Gemeinden überwältigen, sondern weil er sie stärken will. Wenn das Bewußtsein einer fortschrittlichen Bildungspolitik in diese Partei eindringt, wird sie in der Lage sein, innerhalb der gesamten Bundesrepublik auf wichtige Ziele mit geeigneten Mitteln und auf geeigneten Wegen zuzustreben. Damit reden wir einer Vereinheitlichung unter gar keinen Umständen das Wort. Aber wichtig ist, daß sich eine große demokratische Partei ihres kulturpolitischen Programms bewußt wird. Und es scheint wohl so, daß es heute vielleicht im parlamentarischen Kampf durch alle Länder hindurch und im Bundestag sehr viel wichtiger ist, einen Kulturrat etwa einer Partei zu bilden, als einen Bildungsrat von allen Parteien und Experten, der dann die gemeinsame Kulturpolitik überwachen soll. Es gibt sehr schlagkräftige Institutionen, die mit Rat und Tat die kulturpolitischen Erfordernisse aufzeigen können. Leider gibt es noch immer keine Planungskommission, weil das Wissenschaftsministerium sich bis heute der eigentlichen Bildungsplanung kaum angenommen hat, aber es gibt auch im Hochschulbereich den sehr wirksamen Wissenschaftsrat; es gibt die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft als überregionale wissenschaftliche Institutionen, die durch ihr Votum und ihren Rat zur Förderung von Wissenschaft und Forschung sehr viel mehr beigetragen haben als viele Bundestags- und manche Landtagsbeschlüsse. Aber es gibt keinen kulturpolitischen Grundwillen der CDU. Dieses kulturpolitische Leitbild braucht nicht so eng gefaßt zu werden, aber es müßte ein Gremium da sein, das die Umriss einer künftigen Kulturpolitik der Partei klarmacht oder nahebringt, sie muß zu sich selbst finden, sie muß begreifen, daß man Kulturpolitik heute nicht mehr im engsten Rahmen der Heimat oder bestenfalls des Bundeslandes treiben kann. Die Parteien haben die Chance, daß sie übergreifende Funktion besitzen, auch übergreifende Maßnahmen beraten und vorbereiten können. Es wäre gut, wenn zu den wissenschaftlichen Gremien und Beratungsgruppen nicht unbedingt neue dazukämen, aber es wäre gut, wenn jede einzelne große im Rahmen der Bundesrepublik arbeitende und im Bundesparlament vertretene Partei sich selbst ein kulturpolitisches Leitbild schaffte, das in ihrer Weltanschauung durchaus verankert sein muß, aber ebenso selbstverständlich in die gewandelte Zukunft einer zunehmend komplizierten, hochwissenschaftlichen und hochtechnischen Welt hineinweist.

Wissenschaften ist oder nicht; es steht nicht einmal zur Debatte, ob die Abiturienten für sich abwählen dürfen oder nicht, oder ob etwa die Gemeinschaftskunde richtig organisiert ist oder nicht — es geht allein um das Bewußtsein. Wenn die Kulturpolitiker unseres Landes dieses Bewußtsein, daß es darum geht, die Vergangenheit zu bewältigen und die Zukunft zu bestehen, nicht in ihre Köpfe bekommen, werden wir an unseren Schul- und Hochschulsystemen nur herumlaborieren und bestenfalls quantitative Erfolge erzielen. Jedes Land dieser Bundesrepublik und der Bund trumpfen jährlich mit Riesensummen auf, die ausgegeben worden sind oder ausgegeben werden sollen, und je höher die Zahlen, desto mehr zeigen wir uns in dem Ruhm, nun das Letzte, das Äußerste getan zu haben. Dabei lassen wir uns von dem Bundestagspräsidenten in aller Ehrfurcht ermahnen, daß die Kulturdebatte so kurz und präzise gehalten werden muß wie nur möglich, weil ja am Nachmittag der Grüne Plan auf der Tagesordnung steht. Wir lassen uns im Bundestag bereits Tagesordnungen aufoktroieren und wirken sogar an ihnen mit, in denen die Kulturpolitik ungefähr die Rangfolge einer drittrangigen Steuernovelle hat. Als wenn in zwanzig Jahren noch über Grünen Plan oder Umsatzsteuer debattiert werden müßte, wenn wir heute die Kernpunkte der Kulturpolitik vernachlässigen.

Wir haben am Anfang von den Gegebenheiten gesprochen, wir haben in dieser ganzen Überlegung immer wieder das föderalistische Prinzip nicht nur nicht anzutasten, sondern auf die Bewährungsprobe zu stellen versucht. Wir haben weiterhin das aufzuzeigen versucht, was jenseits aller gesellschaftlichen und kon-

Die Ehrfurcht vor dem Leben wird immer dort unwahr, wo sie die Lebensüberlegenheit des Menschen vergißt. Nur durch Erfüllung seiner Aufgabe kann der Mensch sein Leben heiligen. Jene Ehrfurcht dagegen vor dem Leben an sich verwandelt sich leicht in das Begehren nach Nichts-als-Leben und in die stumpfe Befriedigung an der Verkündigung der Heiligkeit des Lebens an sich. Wahr ist vielmehr heute wie je die Erschütterung durch die Wirklichkeit der Transzendenz, von der alles Leben in Frage gestellt und nur unter Bedingungen angenommen wird.

Karl Jaspers, Die Atombombe und die Zukunft des Menschen, 1961

fessionellen Tabus in Deutschland an Bildungs- und Kulturpolitik geleistet werden muß, wenn wir im Konzert der Nachbarvölker, überhaupt der Welt, bestehen wollen. Wir haben von den Gegebenheiten gesprochen. Und wir kommen auf diese Gegebenheiten in diesem Zusammenhang wieder zurück. Denn es erscheint uns, daß auch die Bildungspolitik und gerade die Bildungspolitik mit allen ihren Gegebenheiten, angefangen von einer sinnvollen und modernen Förderung der Wissen-

schaften und der Forschung bis zu den kleinsten Entscheidungen in unserer regional aufgegliederten Schulpolitik, bis zur Aufgliederung und Differenzierung der Ausbildungs- und Bildungsgänge für Facharbeiter und Techniker und Arbeiter und Handwerker, nur Erfolg haben kann, wenn wir in der Partei zu dem Bewußtsein einer modernen Bildungs- und Kulturpolitik kommen. Wir müssen die Honoratiorenvorstellungen mit ihrem Berechtigungswesen hinter uns werfen, wir müssen die Vorstellung hinter uns werfen, daß man mit der konfessionellen Schule um jeden Preis, auch um den der Qualität, noch die Zukunft bestehen könnte, wir müssen uns davon freimachen, daß Kulturpolitik ausschließlich Sache der Länder und der Gemeinden ist, nicht weil der Bund die Zuständigkeiten von Ländern und Gemeinden überwältigen, sondern weil er sie stärken will. Wenn das Bewußtsein einer fortschrittlichen Bildungspolitik in diese Partei eindringt, wird sie in der Lage sein, innerhalb der gesamten Bundesrepublik auf wichtige Ziele mit geeigneten Mitteln und auf geeigneten Wegen zuzustreben. Damit reden wir einer Vereinheitlichung unter gar keinen Umständen das Wort. Aber wichtig ist, daß sich eine große demokratische Partei ihres kulturpolitischen Programms bewußt wird. Und es scheint wohl so, daß es heute vielleicht im parlamentarischen Kampf durch alle Länder hindurch und im Bundestag sehr viel wichtiger ist, einen Kulturrat etwa einer Partei zu bilden, als einen Bildungsrat von allen Parteien und Experten, der dann die gemeinsame Kulturpolitik überwachen soll. Es gibt sehr schlagkräftige Institutionen, die mit Rat und Tat die kulturpolitischen Erfordernisse aufzeigen können. Leider gibt es noch immer keine Planungskommission, weil das Wissenschaftsministerium sich bis heute der eigentlichen Bildungsplanung kaum angenommen hat, aber es gibt auch im Hochschulbereich den sehr wirksamen Wissenschaftsrat; es gibt die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft als überregionale wissenschaftliche Institutionen, die durch ihr Votum und ihren Rat zur Förderung von Wissenschaft und Forschung sehr viel mehr beigetragen haben als viele Bundestags- und manche Landtagsbeschlüsse. Aber es gibt keinen kulturpolitischen Grundwillen der CDU. Dieses kulturpolitische Leitbild braucht nicht so eng gefaßt zu werden, aber es müßte ein Gremium da sein, das die Umrisse einer künftigen Kulturpolitik der Partei klarmacht oder nahebringt, sie muß zu sich selbst finden, sie muß begreifen, daß man Kulturpolitik heute nicht mehr im engsten Rahmen der Heimat oder bestenfalls des Bundeslandes treiben kann. Die Parteien haben die Chance, daß sie übergreifende Funktion besitzen, auch übergreifende Maßnahmen beraten und vorbereiten können. Es wäre gut, wenn zu den wissenschaftlichen Gremien und Beratungsgruppen nicht unbedingt neue dazukämen, aber es wäre gut, wenn jede einzelne große im Rahmen der Bundesrepublik arbeitende und im Bundesparlament vertretene Partei sich selbst ein kulturpolitisches Leitbild schaffte, das in ihrer Weltanschauung durchaus verankert sein muß, aber ebenso selbstverständlich in die gewandelte Zukunft einer zunehmend komplizierten, hochwissenschaftlichen und hochtechnischen Welt hineinweist.

Dieses Wort des Apostels Paulus stand als Losung über dem 80. Deutschen Katholikentag, der von 2.–6. September in Stuttgart stattfand. Nach diesem Wort ist die Norm des eigenen Wandels nur aus dem Wandel des eigenen Denkens zu gewinnen. Solches Umdenken kam bereits in einem der Hauptreferate am ersten Tag zum Ausdruck, als der Münchener Theologe Professor Heinrich Fries zum Thema „Wir und die Andern“ im Blick auf die evangelischen Mitchristen formulierte: „Das Katholische, das sich nur im Gegensatz

Wandelt euch durch ein neues Denken!

80. Deutscher Katholikentag

zum Evangelischen ausdrückt, vermag niemals die Fülle und das Ganze des Katholischen darzustellen. Denn dies ist mehr als das Nicht- oder Antiprotestantische — wie auch das Evangelische mehr ist als das Nicht- oder Antikatholische. Von dem „Anti“ kann man auf die Dauer nicht leben, aus dem „Anti“ können auch keinesfalls christliche Realitäten erwachsen, die weder hüben noch drüben zu bestreiten sind.“ In diesem Sinne steht es auch einem evangelischen Beobachter dieser Tage nicht an, die Ansätze solchen Umdenkens skeptisch wegzudeuten. Es sollen vielmehr zunächst die kritischen und brennenden Fragen wie Mischehe und Konfessionsschule zurücktreten, um die neu- und selbstgestellten Anforderungen der katholischen Christen und die damit verbundene Herausforderung an uns zu sehen. Es gab in diesen Tagen wirklich Zeichen des Aufbruchs in eine Zukunft, verbunden mit einer selbstkritischen Betrachtung der eigenen und positiven Würdigung der protestantischen Vergangenheit, die unser gegenseitiges Bewußtsein voneinander so verändern können, daß Frau Osterloh als Vertreterin des Deutschen Evangelischen Kirchentages in ihrem mit Beifall aufgenommenen Grußwort bei der feierlichen Eröffnung dieses Katholikentages sagen konnte: „Wenn wir aber beginnen besser zu verstehen, dann kommt es so, daß manchmal Katholiken und Protestanten sich geistlich näher sind als den Angehörigen der eigenen Konfession. Dennoch kann keiner in die Konfession des anderen hinüberfinden. Sollte uns das ängstigen? Müssen unscharfe Grenzen uns unsicher machen? Oder wagen wir es, uns diesem Wandlungsprozeß anzuvertrauen, der ein Werden der Kirche Jesu Christi ist?“

Es geht jedoch nicht nur um die Überwindung jahrhundertalter Ressentiments, sondern auch um die positive Formulierung des neuen Verhältnisses. Heinrich Fries versuchte, diese neue geistliche Begegnung auch theologisch zu fassen, wenn er sagte: „Die vergehende Zeit ändert den Charakter einer Spaltung. Eine Lehre, die anfangs zu Recht als Häresie und Irrtum verurteilt wird, wird freilich nicht einfach zur Wahrheit. Sie kann allmählich eine Positivität erhalten, in der der Einzelne als Gläubiger und nicht als Häretiker lebt. Eine solche Umschichtung im Einzelnen ändert schließlich auch den Charakter des Ganzen. Das bedeutet — angewandt auf die nicht-römisch-katholischen Christen: sie einfach als Häretiker zu bezeichnen, ist nicht nur psychologisch, sondern auch theologisch falsch.“

Eine solche Revision des Geschichtsbildes führt zu einem neuen Verständnis von Konzil, Reformation und Heiliger Schrift. So ist das Konzil nicht einberufen, um für die Einheit durch die Verurteilung von Häretikern zu wirken, viel-

mehr kam es hier zu einem Bekenntnis der gemeinsamen Schuld an der seit der Reformation existierenden Trennung. Die Reformation selbst aber wird nicht mehr verstanden „aus dem Willen zum Protest oder zu einer Gegenkirche, sondern aus dem Willen zur Erneuerung. Daß dieser Wille sich nicht innerhalb der katholischen Kirche durchsetzen konnte, ist ein tragisches Geschick, das nicht frei von Schuld auf beiden Seiten ist“ (Fries). So ist die römische Kirche nicht mehr nur die „Gebende“ und Fordernde, sondern wird in Bezug auf ein Anliegen, das „der Reformation teuer war und der evangelischen Kirche bis heute ein Vermächtnis ist“ (Fries) zur „Empfangenden“. Dieses Anliegen aber ist die Heilige Schrift.

So konnte Kardinal König (Wien) in seinem Festvortrag bei der Eröffnung der Bibelausstellung des Katholischen Bibelwerkes geradezu von einem „Bibelfrühling“ in der katholischen Kirche sprechen. Hier ist ein verheißungsvoller Anfang gemacht worden. Seine notwendige Ergänzung fand dieser Auftakt in zwei pastoraltheologischen Konferenzen für den Klerus mit den Themen „Exegese und Verkündigung“ und „Die biblische Homilie“. Unter anderem wurde dabei auch empfohlen, die Kommentare nichtkatholischer Ausleger zu studieren. Solche Zurüstung der Priester zur Predigt ist aber Voraussetzung für eine zukünftige Fortsetzung jener Wort-Gottes-Feier, die ebenfalls als ein Novum in Form eines selbständigen Abendgottesdienstes auf diesem Katholikentag stattfand; hier wurde den Teilnehmern ein Neues Testament als Geschenk des gastgebenden Bischofs überreicht. Dieses aber auch zu lesen, dazu wurde der Besucher des Katholikentages besonders ermutigt und fühlte sich legitimiert durch die konkrete Aufforderung in der Botschaft Papst Pauls VI., sich mit der Heiligen Schrift zu befassen. Dem nächsten Katholikentag möchten wir wünschen, daß er Bibelarbeiten in sein Programm einbezieht.

Ob all diese Ansätze aber doch nur gute Vorsätze einer Minderheit bleiben werden, wird sich in den einzelnen katholischen Verbänden zu entscheiden haben. Die einzelnen Verbandstreffen an einem eigenen „Tag der Begegnung“ im Rahmen des Katholikentages schufen eine vom Kirchentag unterschiedene, etwas exklusive Atmosphäre. Für die katholische Akademikerschaft allerdings, die sich zu ihrem Hauptreferat den Stuttgarter Philosophen Professor Spaemann eingeladen hatte, wurden einige der Neuansätze unter deutlichem Bezug auf jenes Apostelwort aufgenommen. So wurde die Zurückhaltung der katholischen Kirche gegenüber der Experimentierfreudigkeit der Wissenschaften in den letzten Jahrhunderten mit dem Spruch charakterisiert: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele.“ Die Protestanten hingegen hätten sich der Wissenschaft nach dem Motto „Wer sein Leben verliert, der wird es gewinnen“ bis zur Selbstaufgabe hingegeben. Im Falle der Leben-Jesu-Forschung habe dies bis zur Leugnung des Jesus von Nazareth geführt. Die positiven Ergebnisse, die diese Forschungen jedoch zeitig hätten, kämen nun der beginnenden katholischen Bibelexegese zugute, die damit ernten könne, wo sie nicht gesät habe.

Solche und ähnliche Gedanken, die sich noch anfügen ließen, berechtigen zu größeren Hoffnungen als dies nach der recht konservativen Eröffnungsfeier dieses Katholikentages zu

Bücher

William S. Schlamm, *Wer ist Jude? Ein Selbstgespräch.* Seewald Verlag, Stuttgart 1964, 240 S., Ln. DM 16,80.

In der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 sieht der Verfasser den Auftakt und die Ermöglichung zu einer immer mehr um sich greifenden Normalisierung des Judentums. Es ist erstaunlich, daß gerade dieses Ereignis den Juden eine Legitimation für ihre Existenz in den Augen der Welt erbrachte; „nicht die Errichtung des Dekalogs und nicht die Geburt Christi, nicht das Leben in zweitausendjähriger Diaspora und nicht die Hölle der ‚Endlösung‘, nicht die jüdischen Genies und die jüdischen Heiligen waren es, sondern das kompetente Funktionieren eines normalen Staatsapparats. In den Augen der Welt ist Israel und nicht Moses die Rechtfertigung der Juden.“ (154/55).

Auf Grund dieser Normalisierung ist es jetzt möglich, eine gewisse Ordnung in das mit der Existenz der Juden aller Welt gestellte Problem zu bringen, indem nämlich eine Selbstbestimmung der Juden im eigentlichen Sinn des Wortes erfolgen kann. Die Unlösbarkeit dieser Frage rührte daher, daß die Juden weithin von außen her bestimmt wurden und somit nicht im vollen Sinn sie selbst sein konnten. Dazu gehört die Überheblichkeit der Antisemiten, die mit ihren groben und feinen Definitionen Normen für die Existenz und das Verhalten der Juden aufstellten, wie dies etwa in dem unsinnigen Satz von Dr. Karl Lueger (Wien) zum Ausdruck kam: „Wer ein Jud ist, bestimme ich.“ (129). Aber auch die Unklarheit der Juden über sich selbst steht einer solchen Normalisierung im Wege, wie etwa jene Formulierung zeigt, die ein israelischer Staatsanwalt in der Verhandlung in Sachen des aus dem Judentum stammenden katholischen Paters Daniel (Oswald Rufeisen) prägte: „Wir wissen nicht, wer ein Jude ist — aber wir wissen wer kein Jude ist: ein Apostat ist kein Jude.“ (130).

Was ist aber ein Jude? Nur eine „Verkehrsstörung“ (53) auf den Straßen der Welt, die sich in ihrem kollektiven und konformistischen Trend nicht aufhalten lassen will? Oder nur die „Minderheit schlechthin“ (47), die durch ihre Existenz Zeugnis ablegt für den notwendigen Spielraum des je „anderen“ Menschen, einen Spielraum, den jedermann zu einem Leben in Freiheit und Würde so nötig braucht wie die Luft zum Atmen? Eine Minderheit, die dann aber auch die Majorität anreizt, ihr eigenes Versagen und ihr Schuldbewußtsein an diesem „Sündenbock“ abzureagieren und durch ein derartiges Manipulieren ihre eigenen Schwächen zuzudecken?

Mit all diesen beachtenswerten Aspekten wird aber noch keine Antwort auf die bedrängende Frage nach einer jüdischen Selbstdefinition gegeben. Sie wird aber vom Verfasser in einer unmißverständlichen — viele sicher provozierenden — Klarheit vorgelegt: „Es wird also nunmehr

erwarten war. Aber auch diesmal gab es noch genug Hinweise auf Dinge, die eigentlich dem alten Eisen angehören, deren Erwähnung aber den Rednern willigen Beifall einbrachten; offenbar ist noch nicht zu allen durchgedrungen, wozu das Kabarett des Katholikentages unter Aufnahme der Losung aufforderte: „Es darf gedacht werden!“

Dietrich Pfisterer

geben: die nationalen Juden, die nach Israel ziehen; religiösen Juden, die zum Gott der Juden beten, aber haltlos anderen Nationen angehören; die Juden, die ke Gott zu haben wünschen, aber aufrichtig anderen Nationen angehören (die also Heiden sind — wie die meisten Glieder dieser Nationen); und endlich die Juden, die Christen werden.“ (65)

Diese rückhaltlose Offenheit in der Aufzählung der ihm schwebenden Möglichkeiten jüdischer Existenz ist sie verdienstvoll. Doch sollte der Anschein vermieden werden, als schlossen sich Angehörige der hier beschriebenen Gruppen gegenseitig aus und als fände keine Überscheidung statt.

Letztlich wird ein Jude immer „religiös“ bestimmt, auch wenn davon ausdrücklich nicht die Rede ist. Gerade das „Nationsein“ der Juden ist ja im letzten nur ein Hinweis darauf, daß Gott mit dem ganzen Volk (nicht mit dem Einzelnen!) seinen Bund geschlossen hat. Daran krankt auch die Definition der Juden durch sich selbst, weil diese Freiheit der Selbstbestimmung allein nicht ausreicht, wenn die Erwählung des Gottes Israels als konstitutives Element ausgeklammert wird. Es wird darum nicht deutlich, was denn an dem „Juden, der keinen Gott haben wünscht, aber aufrichtig anderen Nationen angehört“ noch als jüdisches Charakteristikum vorhanden ist. Hat nicht eine völlige Assimilation alle Spuren des Judentums ausgelöscht? Und ist in der Geschichte nicht je und je auf eine nicht zu übersehende Weise dafür gesorgt worden, daß die Juden eben nicht in die Reihe der „Heiden“ zurücktreten und ihren in der Erwählung wurzelnde Besonderheiten verlieren konnten?

Noch auf einen wichtigen Punkt soll mit Nachdruck hingewiesen werden: daß der Kirche ohne alle Einschränkungen das Recht zugestanden wird, sich mit dem Evangelium die Juden zu wenden, und daß der Verfasser damit redet, daß Juden wirklich Christen werden. Daß Judentum und Christentum auch Gegensätze darstellen, wird nicht verschleiert. Die Begegnung zwischen beiden soll darum nicht als Bezeugung der Wahrheit ohne alle Hintergedanken stattfinden. „Die Kirche, wenn sie es ernst nimmt, hat anderes zu verkünden, als das Wort Christi; und die Juden, wenn sie es ernst nehmen, bestehen auf einer Begegnung mit der Kirche. Es wird sich erweisen, welche Partei überlegen ist. Aber die Notwendigkeit der Begegnung ist bereits erwiesen. Die Kirche ist zu ihr verpflichtet; und der Jude hat einen Anspruch auf diese Begegnung.“ (71) In dieser Begegnung gehört es, daß sich die Kirche dem Juden gegenüber weißt, wie sie mit ihrer ganzen Existenz auf jüdischen Fundamenten ruht. Es war sicher in verschiedener Hinsicht ein Fehlgriff, daß im Laufe der Kirchengeschichte die Juden entnationalisiert wurden“ (76); im Dritten Reich hat man diesen Sachverhalt sehr offen mit dem Begriff „Entjudung“ aus.

Diesen Hinweis gilt es neben anderen noch zu betonen, wie trotz des tiefen Risses zwischen Juden und Christen nicht aufgehobene Gemeinsamkeit vorhanden ist. Dies wird sicher hilfreich sein, sich zu Herzen zu nehmen. Der Verfasser in diesem Zusammenhang sagt: „Die Kirche, die von Juden gegründet wurde, den Juden zu erreichen will, muß sie endlich christlich werden.“ (77)

Rudolf